

Standortfaktor Familienfreundlichkeit

Eine Bestandsaufnahme in Ostwestfalen



Standortfaktor Familienfreundlichkeit

Eine Bestandsaufnahme in Ostwestfalen

Inhalt



I. Vorwort	6
II. Einleitung	8
1. Ziele	8
2. Methodik	10
3. Gruppenbildung	11
III. Die Region	14
1. Geographie und Einwohner	15
2. Altersstruktur	15
3. Bevölkerungswanderung	16
4. Beschäftigung	17
5. Wohnen und Arbeiten	18
6. Schullandschaft	19
7. Gewerbesteuern	19
IV. Was macht eine Kommune attraktiv?	20
V. Betreuung vor dem Schulalter	22
1. Betreuung vor dem Kindergartenalter	23
a. Betreuung von null bis drei Jahren	
b. Ganztagsbetreuung von null bis zwei und zwei bis unter drei Jahren	
c. Entwicklung 2007	
2. Kindertageseinrichtungssituation	24
a. Betreuungsquote in Tageseinrichtungen im Alter von drei bis unter sechs Jahren	
b. Ganztagsbetreuung von drei bis sechs Jahren	
c. Betreuungssituation in den unterschiedlichen Typen von Kommunen	
VI. Betreuung im Schulalter	26
1. Betreuung in Tageseinrichtungen von sechs bis 14 Jahren	26
2. Ganztagsbetreuung an der Grundschule	27



3. Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen	27
a. Hauptschulen	
b. Realschulen	
c. Gesamtschulen und Gymnasien	
d. Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen nach Typen von Kommunen	
VII. Weitere Betreuungsformen	29
1. Tagespflege	29
2. Zusammenarbeit mit Unternehmen	30
VIII. Service für Familien	31
1. Familienzentren	31
2. Familienfreundliche Projekte	32
3. Baulandprogramme	33
IX. Angebote für Kinder und Jugendliche	34
1. Jugendtreffs	34
2. Spielplätze	34
3. Sportstätten und Sportvereine	35
4. Sonstige Angebote	36
X. Gesundheit und Sicherheit	37
1. Gesundheit	37
2. Sicherheit	38
XI. Fazit	39
XII. Anhang	40
1. Fragebogen	40
2. Datenblatt	47
Impressum	51

I. Vorwort



Familienfreundlichkeit in Unternehmen bleibt ein höchst aktuelles Thema. Regionen und Unternehmen müssen im Wettbewerb um die besten Köpfe zunehmend mit einer familienorientierten Personalpolitik punkten. Durch den Fachkräftemangel und den demographischen Wandel ist die Familienfreundlichkeit eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft geworden. Der betriebswirtschaftliche Nutzen einer familienorientierten Personalpolitik ist durch diverse Studien belegt.

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ geht nicht nur die Unternehmen an. Die Bedeutung der des Themas nimmt auch als Standortfaktor für Deutschlands Städte und Gemeinden stetig an Bedeutung zu. In Ostwestfalen haben sich bereits viele Kommunen der demographischen Herausforderung gestellt und die Verbesserung der Ausgangssituation für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Angriff genommen.

Die vorliegende Studie soll eine Bestandsaufnahme über die Familienfreundlichkeit der Wirtschaftsregion Ostwestfalen bieten. Dazu gehört die Einschätzung der Kinderbetreuungssituation genauso wie die Darstellung von familienbezogenen, kommunalen Projekten. Denn im Wettbewerb um Investoren, Unternehmen und Fach- und Führungskräfte ist nicht nur eine gute Infrastruktur gefragt, sondern zunehmend auch eine bessere Lebensqualität. Die Kommunen profitieren bereits heute von einem attraktiven und positiven Image der Gesamtregion.

Die vorliegende Studie zeigt in der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Kommunen Entwicklungspotenziale auf. Ein gemeinsames Agieren – sei es bei der Abstimmung von Betreuungszeiten mit den Arbeitszeiten, oder bei der Gestaltung des Betreuungsangebotes – hat eine hohe Bedeutung für die Attraktivität der Region. Mit den erarbeiteten Ergebnissen möchten wir eine intensivere Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten anregen. Denn hiervon profitieren alle in unserer Region: die Familien, die Kommunen und die Wirtschaft.

Martin Spilker

Programmleiter

Unternehmenskultur in der Globalisierung

Bertelsmann Stiftung

Thomas Niehoff

Hauptgeschäftsführer

Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld



II. Einleitung



1. Ziele

Ostwestfalen ist eine dynamische Industrieregion – auch wenn sich das viele Menschen angesichts idyllischer Landschaften und fehlender Schlote schlecht vorstellen können. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen zu Bielefeld beträgt der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (BWS) in Ostwestfalen 29,7 Prozent. Im Landesdurchschnitt sind dies lediglich 22,5 Prozent, in Deutschland 22,6 Prozent.

Die Dynamik der Region spiegelt sich auch in der Zahl ihrer Existenzgründer wider. Die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld ermittelte im Zeitraum von 2002 bis 2007 in Ostwestfalen nahezu 67.500 Existenzgründungen in der Industrie, im Handel und im Dienstleistungsbereich. Seit 1990 ist die Zahl der Unternehmen in Ostwestfalen in diesen Bereichen um 80 Prozent von knapp 56.000 auf mittlerweile über 100.000 gewachsen. Die Zahl der Einwohner in Ostwestfalen ist ebenso wie die Zahl der Arbeitsplätze deutlich stärker gewachsen als im Bundes- oder Landesdurchschnitt.

Als Wachstumsbremse für Ostwestfalen erweist sich allerdings zunehmend ein Mangel an Fach- und Führungskräften. Nach einer IHK-Umfrage aus dem Jahr 2008 zur Fachkräfte- und Personalsituation

in Ostwestfalen suchen die 359 Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich an der aktuellen Umfrage beteiligt haben, insgesamt 1.377 Fachkräfte mit mindestens einem dualen Ausbildungsabschluss, im Durchschnitt rund vier pro Unternehmen. Ein Indiz für diesen Mangel an Fach- und Führungskräften ist auch, dass der Anteil der Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostwestfalen unter dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen liegt. Der Mangel an Fachkräften hat sich im letzten konjunkturellen Aufschwung für manche Branche schon als Wachstumsbremse ausgewirkt; der demographische Wandel wird das Problem noch vergrößern.

Fach- und Führungskräfte, die ein Unternehmen neu gewinnen oder halten will, haben zu einem beträchtlichen Teil (junge) Familie oder sind zumindest im familienfähigen Alter. Es liegt nahe, dass vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren der Familienfreundlichkeit zunehmend Bedeutung für das Werben und Halten von Fach- und Führungskräften beigemessen wird.

Familienfreundlichkeit kann sich unmittelbar und mittelbar auf die Verfügbarkeit der Ressource „Qualifizierte Mitarbeiter“ auswirken:

- Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschließt das unzureichend genutzte Potenzial gut ausgebildeter

Frauen und führt damit unmittelbar zu einem besseren Angebot am Arbeitsmarkt.

- Familienfreundlichkeit kann für Arbeitskräfte mit – vor allem junger – Familie ein Kriterium sein, sich für ein Angebot an einem Standort zu entscheiden oder das Angebot an einem anderen Standort abzulehnen.

Damit sind zuerst einmal die Unternehmen gefordert, selbst für mehr Familienfreundlichkeit in ihren Betrieben zu sorgen und damit im Wettbewerb um das Finden und Halten von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu punkten. Zahlreiche Broschüren haben in den letzten Jahren Wege dahin aufgezeigt. Eine Studie des Familienministeriums (Prognos AG, Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen, 2003) belegt, dass sich Investitionen in Familienfreundlichkeit hoch rentieren können.

Aber die Faktoren, die Familienfreundlichkeit im Allgemeinen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Besonderen bestimmen, sind zu einem beträchtlichen Teil durch die Unternehmen nicht zu beeinflussen. Betreuungseinrichtungen, Schulen, Angebote für Kinder und Jugendliche sind Teile des kommunalen Wirkungsfeldes.

Für die Kommunen gewinnt damit der Begriff „Familie“ eine neue Bedeutung. Familienfreundlich zu sein ist sicher eines der traditionell verkündeten Ziele kommunaler Politik. Bei der kommunalen Fürsorge für die Familie und ihre Mitglieder ging es aber bisher um gesellschaftspolitische Oberziele: Die einen wollen die Familie als Keimzelle des Staates fördern, die anderen fordern die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Voraussetzung für die Selbstverwirklichung – vor allem der Frauen – in der Arbeit, wieder anderen liegt die Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern aus armen Familien am Herzen. Die Liste der Ziele lässt sich mühelos fortsetzen.

Jetzt aber wird Familienfreundlichkeit für die Kommunen zum Standortfaktor im Wettbewerb um das Gewinnen und Halten von Unternehmen. Die These ist, dass für Unternehmen die Möglichkeit, an einem Standort Fach- und Führungskräfte zu gewinnen, von wachsender Bedeutung für eine Standortentscheidung ist und dass ein familienfreundliches kommunales Umfeld dabei eine Rolle spielt.

Bei dieser Erkenntnis, kommunale Familienpolitik auch als Teil der Wirtschaftsförderung zu verstehen, will die vorliegende Studie die Kommunen der Region Ostwestfalen unterstützen. Die teilnehmenden Kommunen sollen sich ein Bild davon machen können, wo sie mit ihren Bemühungen um Familienfreundlichkeit im regionalen Vergleich stehen. Zugleich soll die Studie zeigen, wo die Region beim Thema „Familie“ steht, und mögliche Handlungsfelder aufzeigen.

Dabei werden nicht alle Aspekte der Familie berücksichtigt. Es wird angenommen, dass die Attraktivität einer Kommune für Fach- und Führungskräfte unter dem Aspekt der Familie bevorzugt auf junge Familien mit Kindern zielt. Daher wird die Betreuung für zu pflegende Angehörige nicht erfasst. Auch ein für die Politik der Kommunen sicher wichtiges Gebiet wie Kinderarmut zu behandeln wird vor dem Hintergrund der Fragestellung der Studie außer Acht gelassen.

Bei dieser Betrachtung haben sich folgende Handlungsfelder ergeben:

- Betreuung vor dem Schulalter
- Betreuung im Schulalter
- Weitere Betreuungsformen
- Service für Familien
- Angebote für Kinder und Jugendliche
- Gesundheit und Sicherheit.



Es gibt bereits mehrere „Familienatlanten“, die unter ähnlichen Zielsetzungen Familienfreundlichkeit auf kommunaler oder regionaler Ebene erfassen. Der Familienatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erschien 2007 bereits zum zweiten Mal. Er erfasst alle Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Mit ähnlichem Ansatz folgten auch Veröffentlichungen auf regionaler Ebene.

Gemeinsam ist diesen Darstellungen, dass sie ausschließlich bereits vorhandenes statistisches Material verwenden und keine Daten bei den betroffenen Kommunen erhoben haben. Sie bewerten die gesammelten Daten, sodass am Ende ein Ranking der betrachteten Kommunen steht, in dem diese als mehr oder weniger familienfreundlich gelistet sind.

Die vorliegende Studie unterscheidet sich von den genannten Familienatlanten in mehrfacher Hinsicht. Sie greift nicht nur auf vorhandenes statistisches, sondern auch auf selbst erhobenes Material zurück. Sämtliche 54 Kommunen Ostwestfalens wurden beteiligt, indem ihnen die vorhandenen Daten zur Überprüfung vorgelegt und sie um das Ausfüllen eines Fragebogens gebeten wurden. 43 haben dieses Angebot genutzt.

Es werden erheblich mehr Indikatoren als in den bisher vorliegenden Familienatlanten verwendet. Es wird keine Wertung vorgenommen und kein Ranking erstellt. Eine Klassifizierung der Kommunen als mehr oder weniger familienfreundlich erfolgt nicht.

Der Verzicht auf Bewertung und Ranking hat folgenden Grund: Was Familienfreundlichkeit ausmacht, ist nicht verbindlich definiert. Jede Definition hängt von den Zielen ab, die man mit „Mehr Fami-

lienfreundlichkeit“ verfolgt. Aber selbst wenn man sich auf das relativ einfache Ziel „Mehr Standortqualität durch mehr Familienfreundlichkeit“ beschränkt, muss man erkennen, dass es gesicherte Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen den vielen Faktoren, die als familienfreundlich angesehen werden, und der Standortqualität nicht gibt. Rankings und Ampeln suggerieren Gewissheiten, die nicht belegbar sind.

2. Methodik

Die Studie wurde erstellt von „Bielefeld 2000plus“ an der Universität Bielefeld im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld und der Bertelsmann Stiftung. Im Zeitraum von April bis Juni 2008 wurde eine schriftliche Befragung aller 54 Kommunen in Ostwestfalen durchgeführt. Darüber hinaus wurden entsprechende Aufzeichnungen der „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“, Geschäftsbereich Statistik (ehemals LDS NRW) und der Bertelsmann Stiftung (Stand: 2006) ausgewertet. Bei der Studie handelt es sich zum einen um eine klassische Befragung mittels Fragebogen (im Folgenden als Primärdaten bezeichnet) zur Familienfreundlichkeit und zum anderen um eine von den Städten und Gemeinden vorgenommene Überprüfung bereits vorhandener Daten der „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ bzw. der Bertelsmann Stiftung (im Folgenden als Sekundärdaten referenziert) zum Thema „Familienfreundlichkeit“ anhand eines entsprechend aufbereiteten Datenblattes.

Die von den Städten und Gemeinden gegebenen Antworten beziehen sich auf das Jahr 2006 und, um Entwicklungen aufzeigen zu können, zum Teil auch auf das Jahr 2007. Von den 54 Städten und



Gemeinden in Ostwestfalen haben 43 Kommunen an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 80 Prozent. Folgende Kommunen haben sich beteiligt:

- Kreis Minden-Lübbecke: Bad Oeynhausen, Espelkamp, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Minden, Petershagen, Porta Westfalica, Preußisch Oldendorf, Rahden, Stemwede
- Kreis Herford: Enger, Hiddenhausen, Kirchlengern, Löhne, Rödinghausen
- Kreisfreie Stadt Bielefeld
- Kreis Gütersloh: Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Verl, Versmold, Werther (Westf.)
- Kreis Paderborn: Altenbeken, Borcheln, Büren, Delbrück, Hövelhof, Lichtenau, Paderborn
- Kreis Höxter: Borgentreich, Brakel, Höxter, Marienmünster, Nieheim, Steinheim, Warburg

Insgesamt wurden zur Familienfreundlichkeit der Städte und Gemeinden in Ostwestfalen 5.630 Indikatorenwerte (43 teilnehmende Kommunen mal 92 Angaben im Fragebogen + 54 Kommunen mal 31 Indikatoren des Datenblattes) erfasst.

Die Definitionen zu den im Folgenden verwendeten Begriffen finden sich im Fragebogen sowie im Datenblatt des Anhangs.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren im Wesentlichen auf den oben genannten Primär- und Sekundärdaten, d.h. der eigenen Fragebogenaktion und den der „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ und der Bertelsmann Stiftung zur Verfügung gestellten Daten. An einigen Stellen wurden darüber hinaus

zur Vergleichszwecken auch Daten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden verwendet.

3. Gruppenbildung

Die Städte und Gemeinden der Region Ostwestfalen weisen beträchtliche Unterschiede auf. Die Einwohnerzahlen der Kommunen, die sich an der Studie beteiligt haben, reichen von Marienmünster mit 5.500 Einwohnern bis zur Großstadt Bielefeld mit rund 326.300 Einwohnern. Sie unterscheiden sich durch ihre Lage im ländlichen oder eher städtisch verdichteten Raum, durch ihre Funktionen als Orte des Wohnens oder der Arbeit sowie durch ihre Wirtschafts- und Finanzkraft. Um den beteiligten Kommunen die Möglichkeit zu geben, ihre Situation als familienfreundlicher Standort an vergleichbaren Kommunen zu messen, wurden daher Gruppen aus ähnlichen Typen von Kommunen gebildet. Die Gruppenbildung erfolgte anhand der folgenden Merkmale, die mithilfe von Sekundärdaten erhoben wurden, die den Kommunen zur Kontrolle vorgelegt haben.

1. Anzahl der Einwohner (Nr. 1 des Datenblattes)

Die Zahl der Einwohner ist die wichtigste Kennzahl für die Größe einer Kommune und damit für die Tragfähigkeit einer entwickelten Infrastruktur.

2. Gewerbesteuererinnahmen pro Einwohner (Nr. 2 des Datenblattes)

Diese Kenngröße sagt sowohl etwas über die Bedeutung eines Ortes als Gewerbestandort aus als auch über die Finanzkraft der Stadt oder Gemeinde.

3. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner (Nr. 3 des Datenblattes)

Diese Größe gibt Hinweise auf die Funktion des Ortes als Wohnort, die soziale Struktur und die Finanzkraft der Gemeinde.

4. Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort der Arbeitsstätte zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort des Wohnsitzes (Nr. 11 des Datenblattes)

Dieser Indikator lässt erkennen, ob eine Kommune eher Arbeits- oder Wohnort ist.

5. Anteil der Wohnungen mit mehr als drei Zimmern (Nr. 29 des Datenblattes)

Ein hoher Anteil großer Wohnungen mit mehr als drei Zimmern ist ein Indikator dafür, dass ein Ort dem ländlichen Raum zuzuordnen ist. In den Städten wohnt man enger.

Es ließen sich fünf Gruppen von vergleichbaren Städten und Gemeinden bilden; die Stadt Bielefeld, die mehr als doppelt so groß ist wie die nächstgrößte Stadt Paderborn, wurde allein betrachtet. Ordnet man die Gruppen nach dem Kriterium, ob sie eher als ländlich-dörflich oder städtisch bezeichnet werden können, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

Gruppe 1 – Typ:

Kleine ländliche Kommunen

Sie haben im Durchschnitt 14.800 Einwohner, dienen überwiegend als Wohnort und bieten wenig Arbeitsplätze; gearbeitet wird in den urbanen Zentren in der Nähe, z. B. in Paderborn. Dementsprechend weisen sie geringe Gewerbesteuereinnahmen und ein vergleichsweise niedriges Einkommensniveau auf.

Gemeinde Altenbeken
Gemeinde Borchen
Gemeinde Hille
Gemeinde Hövelhof
Gemeinde Hüllhorst
Gemeinde Langenberg
Stadt Borgentreich
Stadt Büren
Stadt Delbrück
Stadt Marienmünster
Stadt Nieheim
Stadt Petershagen
Stadt Preußisch Oldendorf
Stadt Rahden

Gruppe 2 – Typ:

Ländlich geprägte kleine und mittlere Kommunen

Es handelt sich um kleine ländliche Städte und eine größere Gemeinde mit im Durchschnitt 19.300 Einwohnern, die als Wohn- und Arbeitsort dienen. Eher niedriges Gewerbesteueraufkommen und niedriges Einkommensniveau.

Gemeinde Stemwede
Stadt Brakel
Stadt Espelkamp
Stadt Höxter
Stadt Lichtenau
Stadt Steinheim

Gruppe 3 – Typ:

Mittlere periphere Städte und Gemeinden

Kleine Städte und größere Gemeinden mit im Durchschnitt 24.100 Einwohnern, zwischen Stadt und Land, mehr Wohn- als Arbeitsort, mittleres Gewerbesteueraufkommen, wohlhabende Bevölkerung.

Gemeinde Herzebrock-Clarholz

Gemeinde Hiddenhausen

Gemeinde Kirchlengern

Stadt Enger

Stadt Löhne

Stadt Lübbecke

Stadt Porta Westfalica

Stadt Rietberg

Stadt Schloß Holte-Stukenbrock

Stadt Versmold

Stadt Warburg

Stadt Werther

Gruppe 4 – Typ:

Aufstrebende periphere Kommunen

Kleine Städte und größere Gemeinden mit im Durchschnitt 24.500 Einwohnern, zwischen Stadt und Land, mehr Arbeits- als Wohnort, aber auch Wohnort für eine wohlhabende Bevölkerung, sehr hohes Gewerbesteueraufkommen.

Gemeinde Rödinghausen

Gemeinde Steinhagen

Gemeinde Verl

Stadt Halle

Stadt Harsewinkel

Stadt Rheda-Wiedenbrück

Gruppe 5 – Typ:

Urbane Zentren

Im Durchschnitt 93.200 Einwohner, Einpendlerzentren für die Umgebung, gute Gewerbesteuereinnahmen, wohlhabende Bevölkerung.

Stadt Bad Oeynhausen

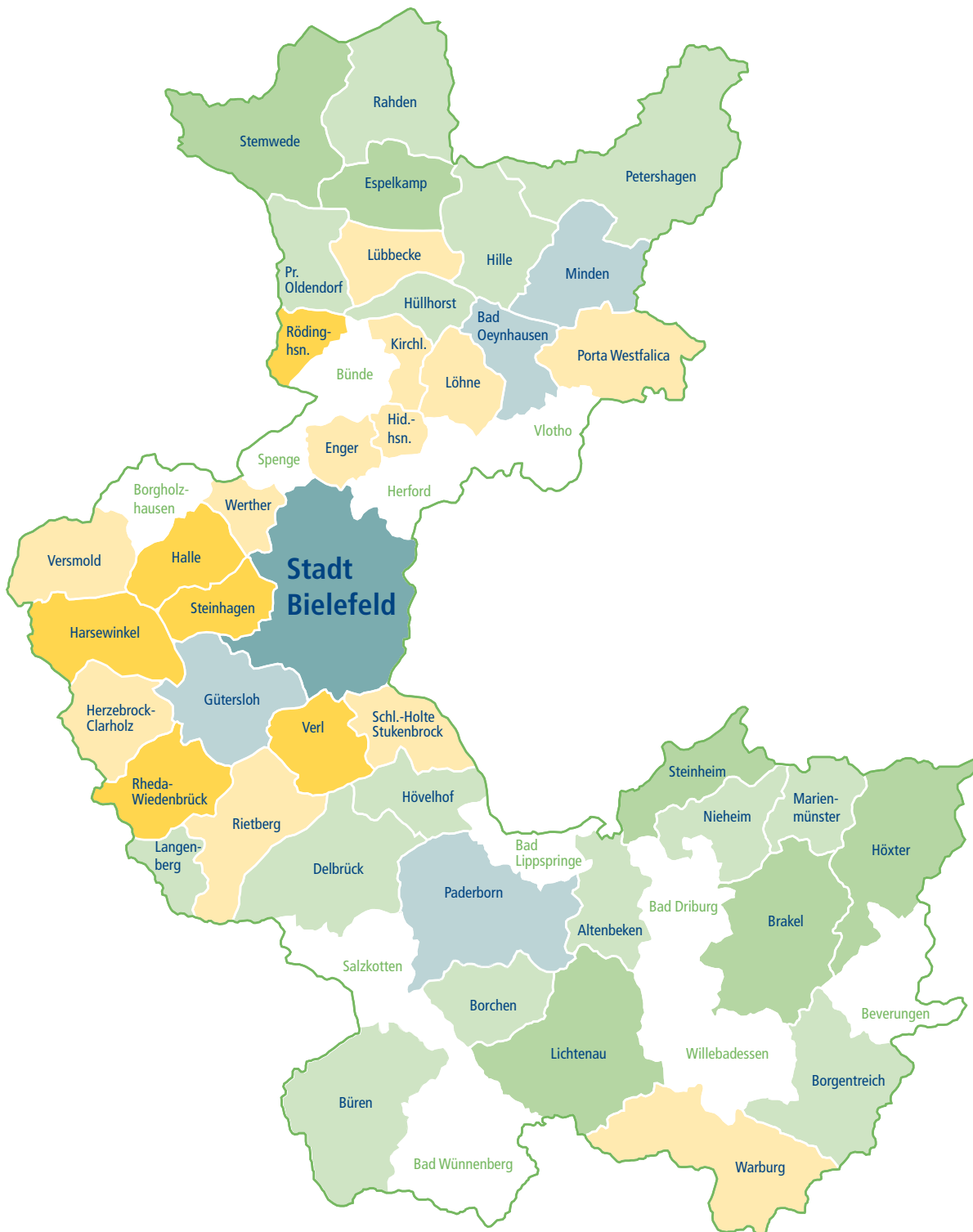
Stadt Gütersloh

Stadt Minden

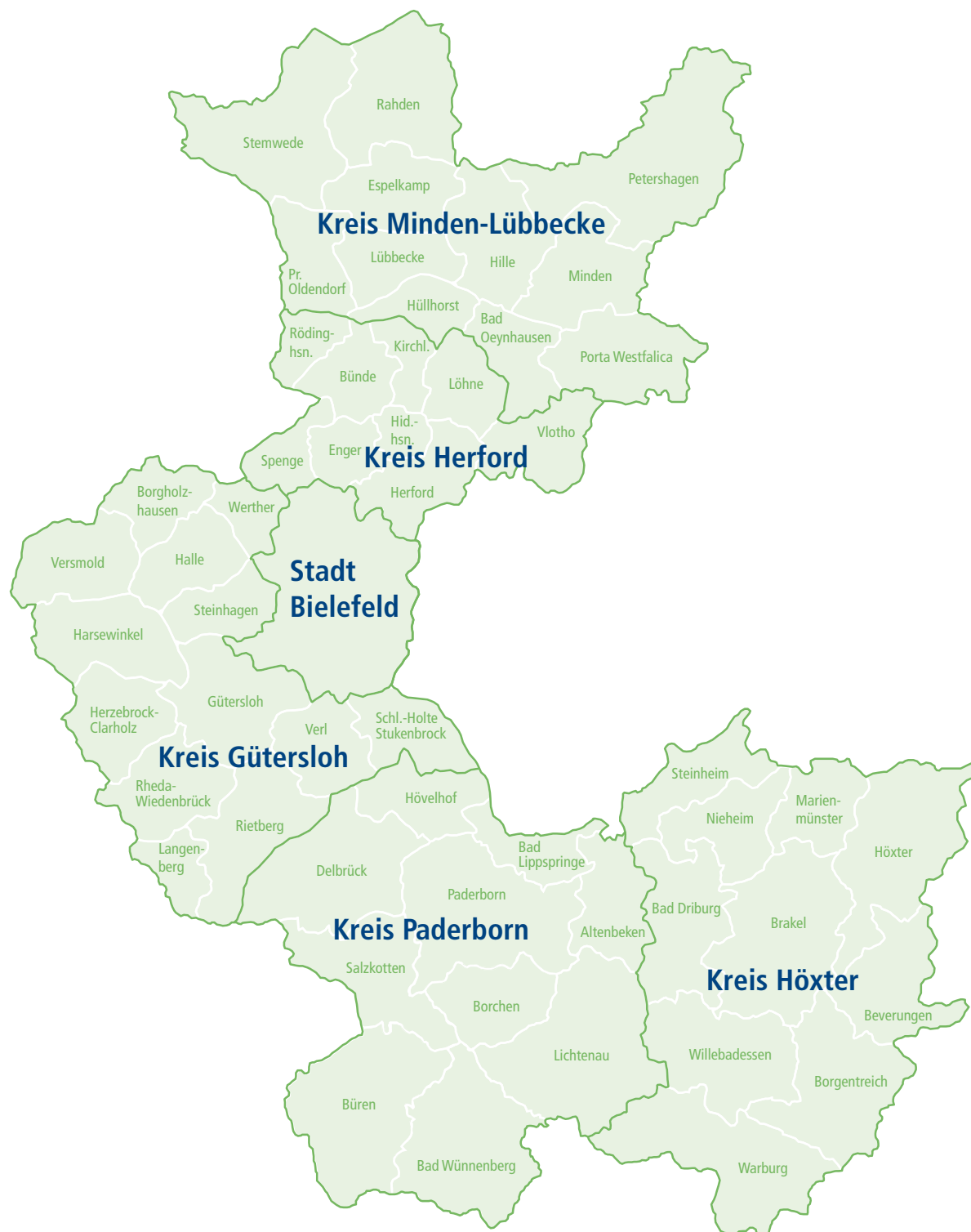
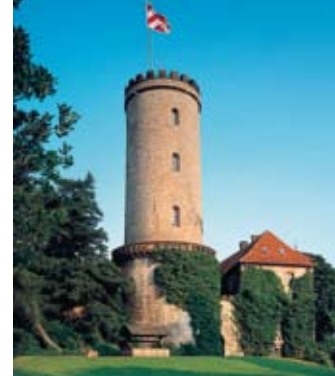
Stadt Paderborn

6 Kreisfreie Stadt Bielefeld

weiß: keine Beteiligung



III. Die Region



Quelle: In Anlehnung an Bezirksregierung Detmold
(www.bezreg-detmold.nrw.de)



1. Geographie und Einwohner

(Nr. 1 des Datenblattes)

Ostwestfalen besteht aus der kreisfreien Stadt Bielefeld und den Kreisen Minden-Lübbecke, Herford, Gütersloh, Paderborn und Höxter. In insgesamt 54 Städten und Gemeinden leben 1.708.248 Menschen. Größte Stadt ist Bielefeld mit 326.268 Einwohnern, gefolgt von Paderborn und Gütersloh mit 144.258 bzw. 96.202 Einwohnern. Über die Hälfte der Kommunen Ostwestfalens hat weniger als 20.000 Einwohner.

Überwiegend ländlicher Raum

Ostwestfalen ist zu großen Teilen ländlicher Raum; das zeigt die im Vergleich geringe Bevölkerungsdichte. Der am dichtesten besiedelte Kreis ist Herford; der ländliche Kreis Höxter hat die geringste Einwohnerzahl pro Quadratkilometer. Bielefeld als größte Stadt hat insgesamt den höchsten Wert mit 1.266 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Einwohner pro Quadratkilometer

Deutschland	230
Ostwestfalen	324
Land NRW	528
Kreis Herford	565
Kreis Höxter	128

2. Altersstruktur

(Nr. 27, 26 des Datenblattes)

Ostwestfalen ist jung – der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung liegt über dem Deutschland- und NRW-Durchschnitt. Der jüngste Kreis ist der Kreis Gütersloh; Bielefeld liegt leicht über dem Deutschland-Niveau.

Anteil der Einwohner unter 18 Jahren in Prozent

Deutschland	17,3
Land NRW	18,3
Ostwestfalen	19,7
Kreis Gütersloh	20,8
Bielefeld	17,5

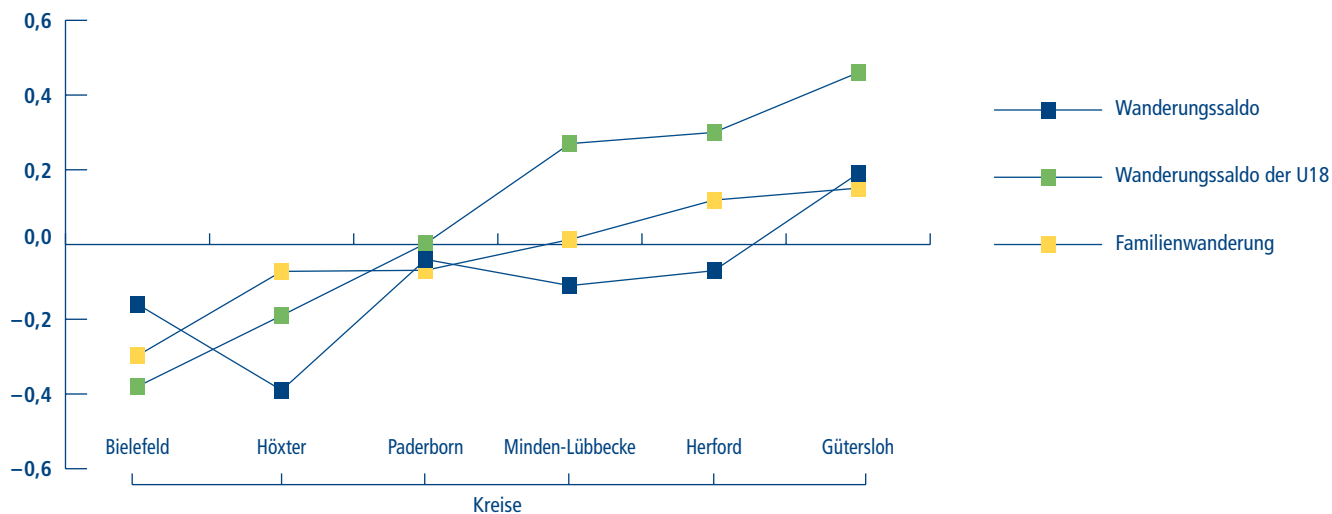
Alle Städte und Gemeinden Ostwestfalens haben eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Geburtenrate. Im Vergleich mit den Kreisen ist die Fertilitätsrate in Bielefeld am niedrigsten, im Kreis Minden-Lübbecke am höchsten. Die höchsten Werte haben die Kommunen Espelkamp, Harsewinkel und Willebadessen. Allerdings muss bei der Bewertung dieser Zahlen beachtet werden, dass auch die hohe positive Abweichung der Geburtenrate z. B. in Espelkamp noch nicht eine die Bevölkerungsstabilität sichernde Zahl von Geburten bedeutet.

Junges Ostwestfalen

Zwischen den Geburtenraten und dem Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung besteht ein signifikanter Zusammenhang: In den Kommunen mit hohem Anteil von Kindern und Jugendlichen werden relativ viele Kinder geboren. Oder vice versa: Wo relativ viele Kinder geboren werden, gibt es viele Kinder und Jugendliche.

Abbildung 1: Wanderungssalden in den Kreisen

Wanderungssalden der Bevölkerungsgruppe in Prozent



Quelle: IT.NRW

Bertelsmann Stiftung

Die positive Abweichung der Geburtenrate ist in den ländlichen Gemeinden tendenziell größer.

Abweichung der Geburtenrate vom Bundesdurchschnitt in Prozent

Land NRW	+ 5,8
Ostwestfalen	+ 13,7
Espelkamp	+ 48,0

3. Bevölkerungswanderung (Nr. 25, 28, 30 des Datenblattes)

Im Jahr 2006 sind geringfügig mehr Menschen aus Ostwestfalen fortgezogen als zugezogen; dieser negative Wanderungssaldo betrug 0,06 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der einzige Kreis mit positivem Wanderungssaldo ist Gütersloh; den stärksten Wanderungsverlust hat der eher ländliche Kreis Höxter.

Im Gegensatz zum leicht negativen Wanderungssaldo der Gesamtbevölkerung ist die Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Zu- und Fortzügen bei den Kindern und Jugendlichen mit +0,13 Prozent leicht positiv. In allen Kreisen und in 70 Prozent der Kommunen liegt sie über dem allgemeinen Wanderungssaldo; in der kreisfreien Stadt Bielefeld ist sie allerdings deutlich geringer. Den höchsten positiven Wanderungssaldo der unter 18-Jährigen hat der Kreis Gütersloh; Rheda-Wiedenbrück hat mit zwei Prozent den höchsten

Wert aller Kommunen. Positive Werte haben auch die Kreise Minden-Lübbecke und Herford.

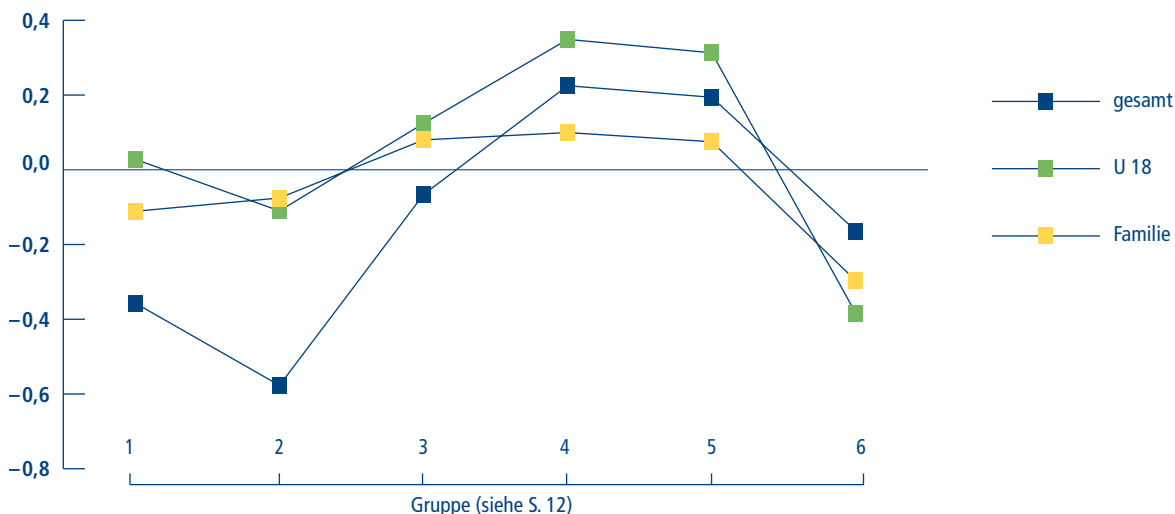
Ähnlich ist die Situation bei der sogenannten Familienwanderung, d. h. dem Saldo der Zu- und Wegzüge der Altersgruppen bis 18 und von 30 bis 50 Jahren. Auch hier hat der Kreis Gütersloh den höchsten Wert, gefolgt von den Kreisen Herford und Minden-Lübbecke. Werther hat den höchsten Wert unter den Kommunen.

Betrachtet man die gesamten Zu- und Fortzüge in den verschiedenen Typen von Kommunen, so haben die stärksten Wanderungsverluste die ländlichen Kommunen (Gruppe 1 und 2); dagegen gewinnen die urbanen Zentren (Gruppe 5) und mehr noch die aufstrebenden peripheren Städte und Gemeinden (Gruppe 4) Einwohner. Die Großstadt Bielefeld hat einen negativen Saldo.

Auch bei den unter 18-Jährigen und bei der Familienwanderung sind die größten Wanderungsgewinner die Kommunen der Gruppen 4 und 5, d. h. die urbanen Zentren und die aufstrebenden Kommunen. Aus den großen Differenzen zwischen den Wanderungssalden der unter 18-Jährigen und der Familien einerseits und der Gesamtentwicklung der Bevölkerung andererseits lässt sich schließen, dass ältere Menschen in hohem Maße aus den stark ländlichen Kommunen fortziehen.

Abbildung 2: Wanderungssalden nach Gruppen

Wanderungssalden der Bevölkerung in Prozent



Quelle: IT.NRW

BertelsmannStiftung

4. Beschäftigung (Nr. 12, 13, 14, 15 des Datenblattes)

Wanderung steht häufig in einem Zusammenhang mit dem Angebot an Arbeitsplätzen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in den fünf Jahren vor 2006 in Ostwestfalen um 5,4 Prozent verringert. Den geringsten Verlust wies dabei der Kreis Gütersloh auf; fast die Hälfte seiner Kommunen hatte sogar eine positive Arbeitsplatzentwicklung. Urbane Gebiete verlieren im betrachteten Zeitraum im Schnitt weniger als ländliche Regionen. Es gibt dabei ein Nord-Süd-Gefälle: Nördliche Kommunen verlieren mehr Arbeitsplätze pro Einwohner als südliche Regionen.

In Ostwestfalen ist ein deutlich höherer Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Schnitt des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich der Kreise hat der Kreis Gütersloh die höchste Erwerbstätigenquote, gefolgt von den Kreisen Herford und Minden-Lübbecke. In den südlichen Kreisen liegt die Quote unter dem ostwestfälischen, aber immer noch über dem Landesdurchschnitt. Die Stadt Bielefeld liegt exakt auf Landeslevel.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren in Prozent

Land NRW	48,9
Ostwestfalen	52,7
Kreis Gütersloh	56,1

Auch die Frauenerwerbstätigkeit bei den 18- bis 64-Jährigen ist in Ostwestfalen höher als im Landesdurchschnitt. Dabei zeigt sich ein ähnliches Nord-Süd-Gefälle wie bei der gesamten Erwerbstätigkeit. Die höchste Quote erwerbstätiger Frauen hat der Kreis Herford; ihm folgen die Kreise Minden-Lübbecke und Gütersloh. Auch Bielefeld liegt noch über dem Landesdurchschnitt, während die Kreise Paderborn und Höxter darunter liegen.

Frauenerwerbsquote in Prozent

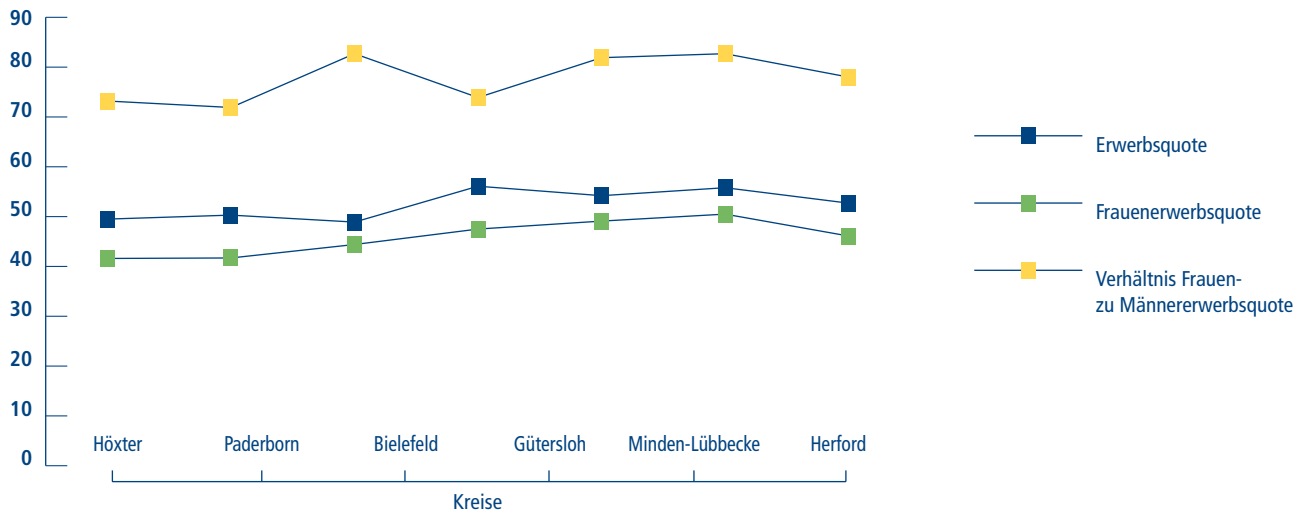
Land NRW	42,7
Ostwestfalen	46,1
Kreis Herford	50,5

Mit 78 Prozent entspricht das Verhältnis der Frauen- zur Männererwerbsquote dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Unterschiede zwischen den Kreisen entsprechen weitgehend denen bei der Erwerbsquote insgesamt und der Frauenerwerbsquote. Im Norden liegt das Verhältnis der Frauen- zur Männererwerbsquote über, im Süden unter dem Durchschnitt Ostwestfalens.

Tendenziell scheint eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit eine Steigerung der Erwerbstätigkeit insgesamt zu bedeuten. Insofern zeigen sich in Teilen Ostwestfalens Reserven am Arbeitsmarkt, die aus der im Vergleich zu den Männern niedrigen Erwerbsquote der Frauen resultieren und die wahrscheinlich auch für den Bereich der Fach- und Führungskräfte gelten. Allerdings ist ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Verhältnis der Erwerbsquote von Frauen und Männern und der Erwerbsquote nicht nachweisbar.

Abbildung 3: Erwerbsquoten

in Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung

5. Wohnen und Arbeiten (Nr. 11, 16, 17 des Datenblattes)

Das Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort der Arbeitsstätte zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort des Wohnsitzes ist ein Indiz dafür, ob eine Kommune oder Region eher Wohn- und Schlafstadt ist (Wert kleiner 1) oder ob sie eher Arbeitsort ist und Arbeitsplätze auch für die Umgebung anbietet (Einpendlergemeinde, Wert größer 1).

Mit einem Durchschnittswert von 1,07 zeigen die Kommunen Ostwestfalens Attraktivität als Arbeitsort. Der Schwerpunkt liegt dabei mit der Stadt Bielefeld und den Kreisen Gütersloh und Minden-Lübbecke im Norden. Im Kreis Paderborn dominiert die Stadt Paderborn als Arbeitsort mit einem Wert von 1,4. Den höchsten Wert der Kommunen haben Herford (1,5) und (neben Paderborn) Gütersloh (1,4).

Hochqualifizierte schwach vertreten

Es zeigt sich einerseits das gewohnte Bild der größeren Städte (z. B. Bielefeld und Paderborn) als Arbeitsort mit umliegenden Kommunen als Wohnorte. Andererseits haben von den 15 ostwestfälischen Einpendlerkommunen neun weniger als 30.000 Einwohner – ein Beleg für die auch geographisch breit gestreute Wirtschaftsstruktur der Region.

Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Ostwestfalens haben deutlich weniger einen (Fach-)Hochschulabschluss als im Landesdurchschnitt. Nur vier Kommunen haben

einen Wert über dem Landesdurchschnitt. Betrachtet man die Situation in den verschiedenen Typen von Kommunen, so steigt der Anteil der Hochqualifizierten mit der Urbanität des Arbeitsortes. Im Vergleich mit den Kreisen hat die Universitätsstadt Bielefeld den höchsten Wert. Den höchsten Wert der Kommunen hat die zweite Universitätsstadt Paderborn. Die Kennzahl spiegelt das Problem wider, das die Wirtschaft der Region bei der Gewinnung von qualifizierten Fach- und Führungskräften hat.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss am Arbeitsort in Prozent

Land NRW	9,20
Ostwestfalen	7,03
Paderborn	11,20

In Ostwestfalen wohnen etwas mehr Absolventen einer (Fach-)Hochschule als dort arbeiten. 7,65 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der Region wohnen, sind Hochschulabgänger. Dies zeigt zwar eine gewisse Attraktivität der Region als Wohnort für qualifizierte Kräfte, liegt aber immer noch unter dem Landesdurchschnitt von 9,2 Prozent.

Auch als Wohnort für Akademiker liegt Bielefeld im Vergleich mit den Kreisen mit 10,9 Prozent vorn. Den höchsten Wert der Kommunen hat wieder Paderborn mit 12,1 Prozent. Erkennbar ist eine Akademikerkonzentration im Gürtel um die Universitätsstädte und in den größeren Städten der Region.

6. Schullandschaft (Nr. 18, 19 des Datenblattes)

Alle 43 Kommunen, die sich an der Befragung beteiligt haben, haben die Frage nach den Schulformen beantwortet. Es zeigt sich ein gut ausgebautes Angebot weiterführender Schulen in Ostwestfalen – mit gewissen regionalen Unterschieden.

Bielefeld, Paderborn, Bad Oeynhausen, Minden, Porta Westfalica, Löhne und Gütersloh, also die größeren Kommunen, haben alle Schulformen.

Gut ausgebaute Schullandschaften

Alle Städte und Gemeinden in den Kreisen Paderborn und Höxter haben Hauptschulen. Sechs Kommunen in den anderen Kreisen sind ohne diese Schulform; sie haben zugleich auch keine Realschule, wohl aber eine Gesamtschule. In zwei dieser Gemeinden gibt es zusätzlich ein Gymnasium.

Realschulen sind in 34 Kommunen vertreten, Gesamtschulen in 13. Bei den Gesamtschulen liegt der Schwerpunkt im Norden: Im Kreis Höxter gibt es keine, im Kreis Paderborn eine dieser Schulen; im Kreis Herford sind es vier.

Gymnasien findet man in 28 Kommunen, die überwiegend mehr als 20.000 Einwohner haben. Aber auch sechs Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern bieten diesen Weg zum Abitur an, als kleinste Werther im Kreis Gütersloh.

Deutlich weniger Schulabgänger als im Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2006 in Ostwestfalen ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Im Vergleich der Kreise hat der Kreis Paderborn, bei den Kommunen hat Borgholzhausen den niedrigsten Wert Ostwestfalens. Die Unterschiede zwischen den Kommunen sind beträchtlich. In jeweils vier Kommunen liegt der Wert unter einem Prozent bzw. über zehn Prozent.

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Prozent

Land NRW	6,6
Ostwestfalen	5,2
Kreis Paderborn	3,4

Für 36 Kommunen in Ostwestfalen gibt es Angaben über den Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife. In diesen Städten und Gemeinden liegt er über dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen. In den erfassten Kreisen Paderborn und Höxter sowie in der kreisfreien Stadt Bielefeld verlassen mehr als 30 Prozent die Schule mit der Hochschulreife; in den Städten Werther und Warburg

sind es sogar mehr als 50 Prozent. Auch hier sind die Unterschiede groß: Der niedrigste Wert einer Kommune beträgt 12 Prozent.

Schulabgänger mit Hochschulreife in Prozent

Land NRW	27,2
Ostwestfalen	29,3
Kreise Höxter, Paderborn, Stadt Bielefeld	> 30
Werther, Warburg	> 50

7. Gewerbesteuern (Nr. 2 des Datenblattes)

Die Kommunen Ostwestfalens hatten im Jahr 2006 Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner, die zwar über dem gesamtdeutschen Durchschnitt lagen, aber auch deutlich unter dem des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Durchschnittszahl besagt jedoch wenig über die Situation der einzelnen Kommunen, deren Werte weit auseinanderliegen: Der höchste Wert einer Kommune beträgt fast das 16-fache des niedrigsten (77,4 zu 1.228 Euro).

Durchschnittliche Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden pro Einwohner in Euro

Deutschland	466
Land NRW	565
Ostwestfalen	489

Schon der Vergleich der Kreise zeigt deutliche Unterschiede. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen hat mit 683 Euro der Kreis Gütersloh, die niedrigsten der Kreis Höxter mit 274 Euro. Dies bedeutet eine sehr ausgeprägte Heterogenität der kommunalen Einkommensverhältnisse.

Große Unterschiede bei Gewerbesteuereinnahmen zwischen den Kommunen

Deutlich geringer sind die Unterschiede bei den Einnahmen der Kommunen aus ihrem Anteil aus der Einkommensteuer. Im ostwestfälischen Durchschnitt betragen sie 271,1 Euro pro Einwohner; der höchste Wert liegt bei 329 Euro und der niedrigste bei 185 Euro. Erkennbar ist ein Zusammenhang zwischen Gewerbesteuereinnahmen und Einnahmen aus Einkommensteuer: Wo mehr Gewerbe erfolgreich tätig ist, wohnen auch mehr einkommensstarke Bürger.

IV. Was macht eine Kommune attraktiv?

(Frage 23)



Die Studie fußt auf der Annahme, dass Familienfreundlichkeit eine Bedeutung als Standortfaktor hat und dass sie ein wichtiges Kriterium für junge Menschen bei der Entscheidung ist, ob und wohin sie ihren Wohnsitz verlegen. Die Sammlung der Daten und ihre Auswertung soll den befragten Kommunen helfen, ihre Positionierung im Hinblick auf den Standortfaktor Familienfreundlichkeit besser bestimmen zu können und – wenn gewünscht – gezielt zu verbessern.

Aber wie sehen das die Kommunen selbst? Mit der letzten Frage des Fragebogens wurden sie gebeten, eine Einschätzung der Wichtigkeit von 11 Merkmalen abzugeben, die für einen Wohnortwechsel von Bedeutung sein könnten.

„Welche Merkmale einer Kommune sind nach Ihrer Einschätzung wichtig, damit junge Menschen sich entscheiden, den Wohnort zu wechseln und neue(r) Bürger/-in dieser Kommune zu werden?“

- a **Wohnungsqualität**
- b **Bildungsmöglichkeiten**
- c **Freizeiteinrichtungen**
- d **Kulturelle Angebote**
- e **Familienfreundlichkeit**
- f **Versorgung durch den Einzelhandel**
- g **Arbeitsplatzangebot**

- h **Demographische Struktur**
- i **Verkehrsanbindung**
- j **Image der Kommune**
- k **Umweltqualität**

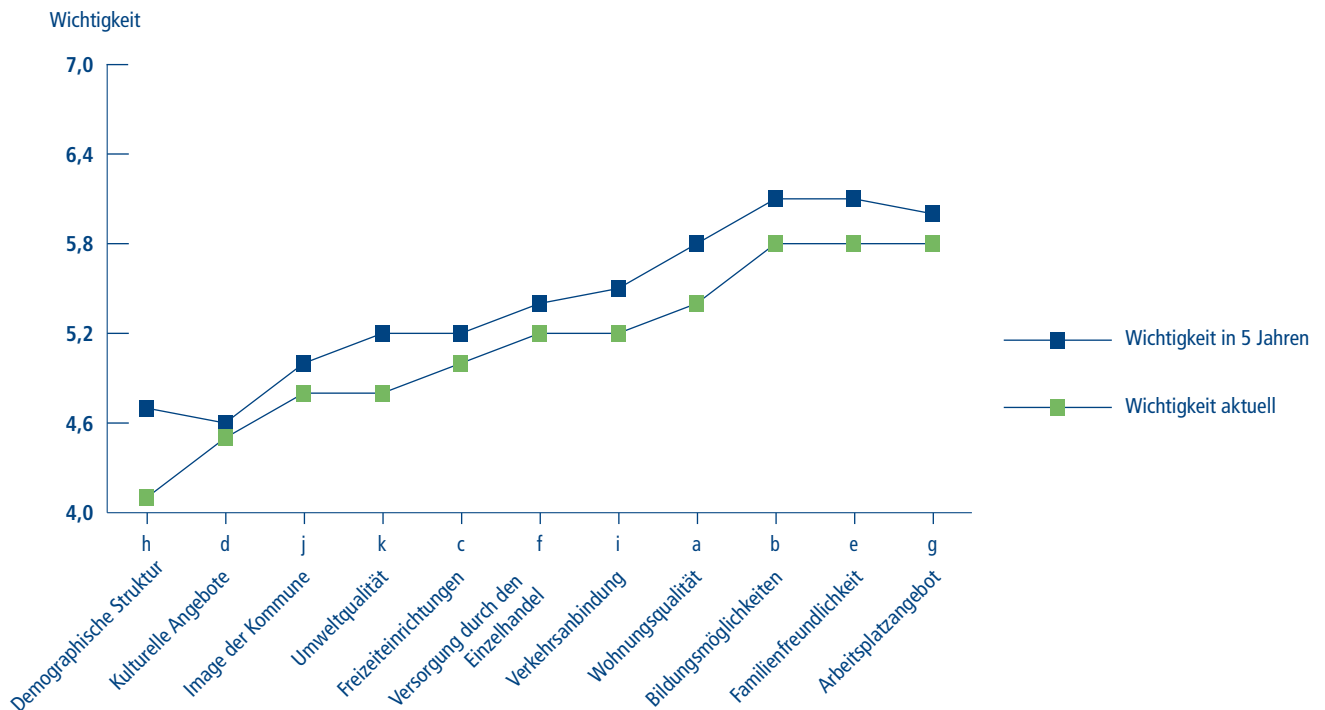
Die Wichtigkeit sollte eingeschätzt werden nach einer Sieben-Punkte-Skala von „1: überhaupt nicht wichtig“ bis „7: sehr wichtig“.

Je nach Merkmal sahen sich zwischen 38 und 41 Kommunen in der Lage, ihre Einschätzung abzugeben. Das Ergebnis für Ostwestfalen, aufsteigend geordnet nach der Einschätzung der aktuellen Bedeutung:

Die Spanne der Durchschnittsbewertung der aktuellen Bedeutung reicht von 4,1 beim Merkmal „Demographische Struktur“, über 4,5 beim Merkmal „Kulturelle Angebote“ und 4,8 beim Merkmal „Image der Kommune“ bis 5,8 bei den Merkmalen „Bildungsmöglichkeiten“, „Familienfreundlichkeit“ und „Arbeitsplatzangebot“.

In fünf Jahren, so die Einschätzung, sind alle Merkmale noch etwas wichtiger als heute. Allerdings ist der Bedeutungszuwachs unterschiedlich: Den geringsten Bedeutungszuwachs haben die schon heute für wenig bedeutend eingeschätzten Merkmale „Kulturelle Angebote“ und „Image der Kommune“, während das Merkmal „Demographische Struktur“ als in fünf Jahren deutlich wichtiger ein-

Abbildung 4: Merkmale einer attraktiven Region



Quelle: eigene Daten (Fragebogen)

| BertelsmannStiftung

geschätzt wird als heute. Darüber hinaus gewinnen auch die Merkmale „Bildungsmöglichkeiten“ und „Familienfreundlichkeit“ weiter an Bedeutung.

Ein Ausgangspunkt der Studie war, dass in den letzten Jahren die Wachstumsbremse für Ostwestfalen weniger der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten war, sondern eher der Mangel an Fach- und Führungskräften. Mit der kommenden demographischen Entwicklung ist zu erwarten, dass sich diese Situation in den nächsten Jahren verschärfen wird. Aus diesem Grund können auch die Einschätzungen der Wichtigkeit des in dieser Studie besonders interessierenden Merkmals „Familienfreundlichkeit“ als plausibel eingestuft werden.

Erstaunlich erscheint in diesem Kontext allerdings z.B. die Tatsache, dass das Merkmal „Image der Kommune“ – denkt man etwa an die zahlreichen Aktivitäten im Kontext des Stadt- und Regionmarketing – als vergleichsweise gering eingeschätzt wird. Ebenso verwunderlich ist die Einschätzung des Merkmals „Demographische Struktur“ im Vergleich zu den anderen Merkmalen. So scheinen nach Einschätzung der Kommunen demographische Problemstellungen, wie sie heutzutage schon existieren (Verhältnis von Alt und Jung, Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund), für die Attrahierung junger Menschen die geringste Bedeutung zu haben.

V. Betreuung vor dem Schulalter



Im Zusammenhang mit dem Ziel, Fach- und Führungskräfte an den Standort Ostwestfalen zu holen oder zu binden, ist ein gutes Angebot von Betreuungsmöglichkeiten für die Bewertung der Familienfreundlichkeit einer Kommune sicher von besonderer Bedeutung. Kinderbetreuung verschafft den Eltern – traditionell besonders den Frauen – den Freiraum für die Berufstätigkeit und ist damit eine wichtige – wenn auch nicht die einzige – Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei geht es längst nicht mehr nur um den traditionellen Kindergarten. Die Zahl der alleinerziehenden Frauen und Männer nimmt zu, ebenso die Zahl der Frauen, die nach der Geburt ihres Kindes schnell wieder in den Beruf zurückkehren wollen. Immer mehr Unternehmen unterstützen diesen Wunsch nach schneller Rückkehr, weil sie ihre qualifizierten weiblichen Kräfte nicht entbehren können. Sie alle fordern Ganztagsbetreuung für das Alter 0+X bis zum Schulalter.

Darüber hinaus haben inzwischen viele Eltern erkannt, dass schon vor der Schule das Gruppenerlebnis in der Krippe und im Kindergarten für die geistige und emotionale Entwicklung der Kinder gerade in Zeiten der Kleinfamilie wichtig ist. Zunehmend setzt sich auch die Erkenntnis durch, dass schon die Zeit vor dem traditionellen Kindergarten für die Lernkarriere eines Kindes von besonderer Bedeutung ist.

Vor diesem Hintergrund zeigen sich allerdings deutliche Defizite in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten (vgl. die Publikation „Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich“, Bertelsmann Stiftung). Besonders schlecht schneiden dabei die Betreuung der Kinder unter drei Jahren ab; aber auch die Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter ist verbesserungsbe-

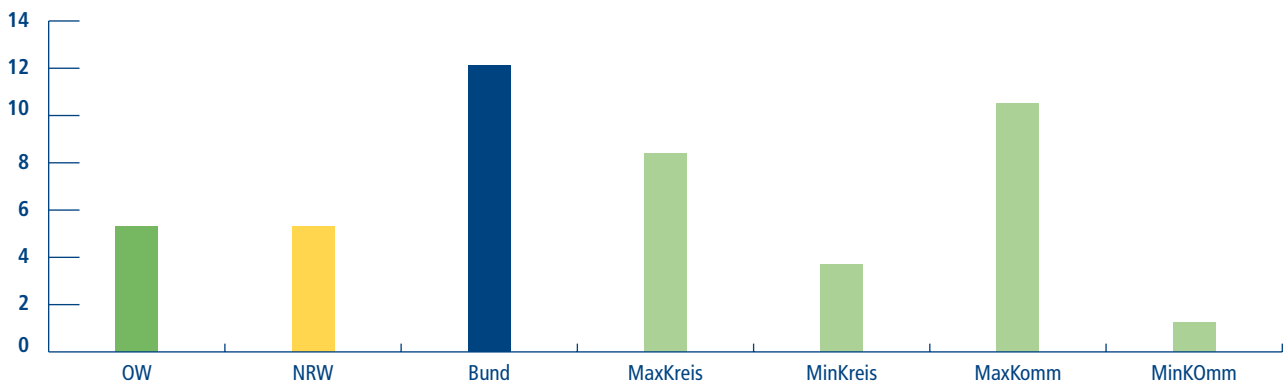
dürftig. Die Politik auf Bundes- und Landesebene hat darauf reagiert und Ziele und Wege zur Verbesserung beschlossen. Im Bundesdurchschnitt soll bis 2013 jedem dritten Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz in einer Tagesstätte oder in Tagespflege (Tagesmutter oder -vater) zur Verfügung stehen. Nordrhein-Westfalen hat sich das Ziel gesetzt, bis 2010 für 20 Prozent dieser Altersgruppe Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch vor dem Hintergrund dieser ehrgeizigen Ziele untersucht die Studie die quantitative Situation der Kinderbetreuung in den ostwestfälischen Städten und Gemeinden vor dem Schulalter. Nicht untersucht wurde die Qualität der einzelnen Betreuungsangebote. Die Studie wertet dazu die vorhandenen statistischen Daten zur Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen aus. Darüber hinaus wurden die Kommunen zur Ganztagsbetreuung befragt. Auch die Situation der Tagespflege (Tagesmütter) wurde abgefragt.

Unberücksichtigt blieben dabei mögliche Auswirkungen des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), das eine Verbesserung der Qualität der Betreuung vor dem Schulalter und einen deutlichen Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren zum Ziel hat. Es trat erst nach Durchführung der Datenerhebung zum 1.8.2008 in Kraft. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Studie lag noch keine offizielle Evaluation von Erfahrungswerten vor.

Abbildung 5: Betreuung in Tageseinrichtungen

Betreuungsquoten Kinder unter 3 Jahren in Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung, eigene Daten (Fragebogen)

BertelsmannStiftung

1. Betreuung vor dem Kindergartenalter

a. Betreuung von null bis drei Jahren (Nr. 8 des Datenblattes)

Betreuung in Tageseinrichtungen bedeutet nicht zwangsläufig Ganztagsbetreuung. Auch wenn erfahrungsgemäß ein großer Teil der Betreuung in der Altersgruppe unter drei Jahren ganztags erfolgt, kann „Betreuung in Tageseinrichtungen“ sowohl wenige Stunden als auch den ganzen Tag bedeuten.

Nach den Daten der Bertelsmann Stiftung werden 5,3 Prozent der Kinder im Alter bis unter drei Jahren in Ostwestfalen in Tageseinrichtungen betreut. Das entspricht exakt dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen. Der Bundesdurchschnitt liegt aufgrund der wesentlich stärker ausgebauten Betreuung dieser Altersgruppe in den ostdeutschen Bundesländern bei 12,1 Prozent. Auf Kreisebene schwankt die Quote zwischen 8,4 Prozent (Kreis Paderborn) und 3,7 Prozent (Kreis Minden-Lübbecke). Die Unterschiede zwischen den Kommunen – auch innerhalb eines Kreises – sind noch größer. Das ostwestfälische Minimum beträgt 1,25 Prozent, den höchsten Wert hat die Stadt Paderborn mit 10,5 Prozent.

b. Ganztagsbetreuung von null bis zwei und zwei bis unter drei Jahren (Fragen 2 und 3)

Die Befragung der Kommunen nach der Ganztagsbetreuung vor dem Kindergartenalter erfolgte getrennt für die Kinder im Alter bis zu zwei Jahren und für die Zweijährigen. Die Differenzierung der Altersgruppen erfolgte, da häufig frei bleibende Plätze in Kindertageseinrichtungen für über Dreijährige nur in Plätze für Zweijährige umgewandelt werden. Die Darstellung zu der Ganztagsbetreuungsquote zeigt, dass dies durch die deutlich geringeren Betreuungsplätze für Null- bis Zweijährige belegt wird. Wird also von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige gesprochen, heißt dies nicht zwingend, dass auch Plätze für Null- bis Dreijährige vorhanden sind.

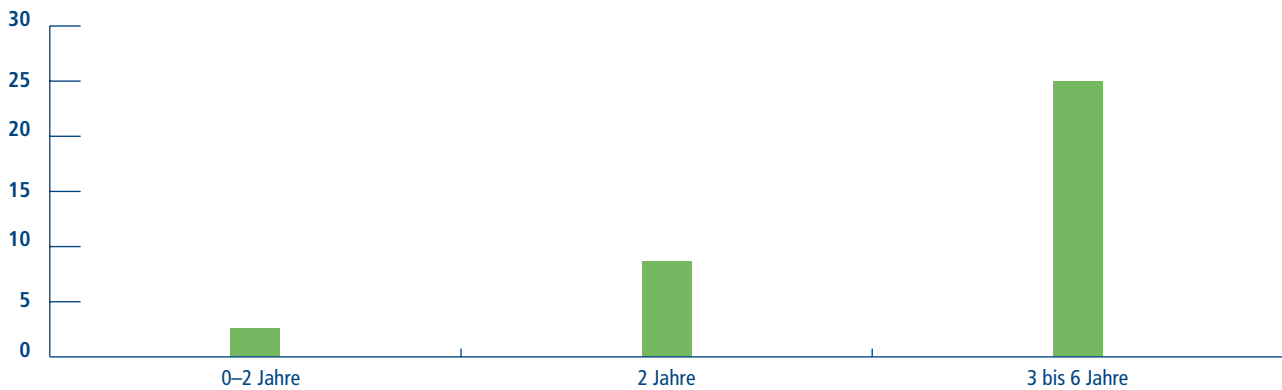
Ganztagsbetreuung wird dabei definiert als Betreuung über Mittag bis mindestens 16 Uhr. Zusätzlich wurde gefragt, ob in der Kommune Betreuungsangebote über 16 Uhr hinaus bestehen.

Geantwortet haben nur jeweils etwas weniger als die Hälfte der befragten Kommunen. In 21 Kommunen werden demnach im Durchschnitt 2,6 Prozent der unter Zweijährigen ganztags betreut; den höchsten Wert hat Kirchlengern mit 6,1 Prozent.

In 24 Kommunen gibt es Angebote für insgesamt 8,7 Prozent der Zwei- bis unter Dreijährigen. Die höchsten Werte haben die Stadt Paderborn mit 22,5 Prozent und Kirchlengern mit 20,1 Prozent. 14 Kommunen bieten eine Betreuung für Null- bis unter Zweijährige über 16 Uhr hinaus an; in 15 gibt es dieses Angebot für die Zwei- bis unter Dreijährigen.

Abbildung 6: Ganztagsbetreuung nach Altersgruppen

Ganztagsbetreuung der Altersgruppe in Prozent



N = 21 (Anzahl der Kommunen, die Ganztagsbetreuung gemeldet haben)

Quelle: Bertelsmann Stiftung, eigene Daten (Fragebogen)

| BertelsmannStiftung

Ganztagsbetreuungsquote Kinder von null bis unter drei Jahren

Acht Kommunen haben keine Daten getrennt für die Altersgruppen bis zu zwei Jahren und von zwei bis drei Jahren zur Verfügung gestellt, sondern haben Angaben zur Ganztagsbetreuung für die Altersklasse von null- bis dreijährigen Kindern gemacht. Danach werden in diesen Kommunen etwa 6,3 Prozent der Kinder bis unter drei Jahren ganztägig betreut; dies liegt über dem Durchschnitt der Betreuung dieser Altersgruppe in Tageseinrichtungen (s. o.) für Ostwestfalen und Nordrhein-Westfalen.

c. Entwicklung 2007

Fast alle Kommunen, die Werte für das Jahr 2006 bereitgestellt hatten, lieferten auch Angaben für das Jahr 2007. Es zeigt sich eine geringfügig steigende Tendenz bei der Ganztagsbetreuung unter zwei Jahren und eine stärker steigende Tendenz bei den Zwei- bis Dreijährigen. Dieser Trend lässt allerdings auch nicht erkennen, wie die oben genannten Ziele einer Betreuung von 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren im Jahr 2010 und 30 Prozent im Jahr 2013 erreicht werden sollen. Lediglich die Stadt Paderborn liegt mit einer Quote von 29,3 Prozent für die Zweijährigen auf der Zielgeraden.

2. Kindergartensituation

a. Betreuungsquote in Tageseinrichtungen im Alter von drei bis unter sechs Jahren (Nr. 9 des Datenblattes)

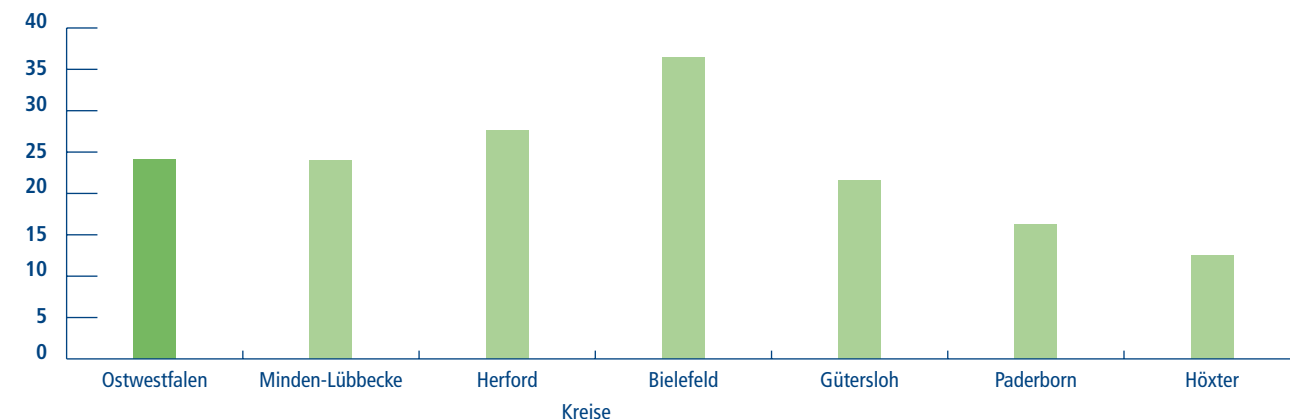
Nach den Daten der Bertelsmann Stiftung werden fast 90 Prozent der Kinder im „klassischen“ Kindergartenalter zwischen drei und unter sechs Jahren in Ostwestfalen in Tageseinrichtungen betreut. Im Vergleich der Kreise schwanken die Quoten zwischen 83 und 92 Prozent. Die Kommunen bieten hier ein recht einheitliches Bild. Diese durchgängig hohe Quote zeigt die Wirkungen des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz, wobei es aber immer noch Unterschiede in der Nutzung dieses Anspruchs gibt. Allerdings sagt diese Zahl nichts über die Dauer und Lage der Betreuung und damit auch nichts darüber aus, wie weit der gesamte Betreuungsbedarf für diese Altersgruppe gedeckt ist. Positiv lässt sich feststellen, dass das quantitative Angebot im Vergleich zu Land und Bund in der Region Ostwestfalen höher ist.

Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder von drei bis unter sechs Jahren (Kindergärten) in Prozent der Altersgruppe

Deutschland	86,6
Land NRW	83,5
Ostwestfalen	87,8

Abbildung 7: Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter

Ganztagsbetreuung der Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahren in Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung, eigene Daten (Fragebogen)

| BertelsmannStiftung

b. Ganztagsbetreuung von drei bis unter sechs Jahren (Frage 4)

Die Befragung der Kommunen zeigt, dass auch die Ganztagsbetreuung in dieser Altersgruppe deutlich stärker ausgebaut ist als bei den unter Dreijährigen. 36 Kommunen haben die Frage beantwortet und bieten eine Ganztagsbetreuung für Kinder im Kindergartenalter an. In diesen Kommunen wird im Mittel ein Viertel dieser Altersgruppe über Mittag bis mindestens 16 Uhr betreut.

Im Vergleich mit den Kreisen hat die Stadt Bielefeld mit 36,5 Prozent die höchste Quote; unter den Kreisen ist es Herford mit 27,6 Prozent. Die Quote des Kreises Höxter ist mit 12,5 Prozent die niedrigste. Unter den kreisangehörigen Städten und Gemeinden haben Rahden, Stemwede und Steinhagen mit 33 Prozent die höchsten Quoten. Besonders bemerkenswert ist dabei ein Nord-Süd-Gefälle.

In 21 Kommunen besteht eine Betreuung über 16 Uhr hinaus. 34 Kommunen haben auch Angaben für das Jahr 2007 gemacht. In 24 von ihnen steigt die Quote.

c. Betreuungssituation in den unterschiedlichen Gruppen von Kommunen

Betrachtet man die Betreuungssituation in den Gruppen der unterschiedlichen Typen von Kommunen, so lassen sich signifikante Zusammenhänge zwischen dem Ausbau der Betreuung und dem Typ der Kommune nur bei der Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter feststellen. Hier liegen – nach Bielefeld – die aufstrebenden peripheren Kommunen leicht vor den urbanen Zentren; deutlich geringer ist die Betreuungsquote in den kleinen ländlichen Gemeinden.

Bei allen anderen Betreuungsangeboten vor dem Schulalter ist ein signifikanter Zusammenhang nicht feststellbar. Ob es also z.B. ein gutes Angebot von Ganztagsbetreuung für unter Dreijährige gibt, hängt offenbar nicht von Größe, Finanzkraft oder Urbanität einer Kommune ab.

VI. Betreuung im Schulalter



Betreuung von Schulkindern über den Unterricht hinaus ist traditionell in Deutschland wenig verbreitet. Erst seit wenigen Jahren ist sie ins Gespräch und in Bewegung gekommen. Der Ruf nach mehr Betreuung auch für Schulkinder hat im Wesentlichen zwei Gründe:

- Auch Eltern von Schulkindern suchen und fordern zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie Betreuung nach der Unterrichtszeit.
- Die PISA-Studien haben die Frage aufgeworfen, ob ein „Halbtags-Schulsystem“ Schüler überhaupt so erfolgreich fördern kann, dass es international konkurrenzfähig bleibt.

Die daraus folgenden ersten Initiativen für eine verlängerte Zeit an der Grundschule zielten deutlich auf eine verlängerte Betreuung ohne besondere pädagogische Ansprüche. Seit 2003 sind sie im Programm der „Offenen Ganztagsgrundschule“ aufgegangen, in dem die schulische Förderung der betreuten Kinder schon deutlich mehr Gewicht erhielt.

Für die weiterführenden Schulen startete 2006 das Programm zur Umwandlung von Hauptschulen in Ganztagschulen. Hier lag die Betonung von vornherein auf „Schule“. Vorrangiges Ziel war die intensivere schulische Betreuung der Hauptschüler und damit eine Verbesserung ihrer schulischen Erfolgchancen.

Erst ab dem 31.7.2008 startete die Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I, mit der der Ganztagsbetrieb an Realschulen und Gymnasien gefördert wird. Ergebnisse dieses Programms können sich daher noch kaum in der Befragung niedergeschlagen haben.

1. Betreuung in Tageseinrichtungen von sechs bis 14 Jahren (Nr. 10 des Datenblattes)

Tageseinrichtungen für schulpflichtige Kinder bis zu 14 Jahren sind nach dem „Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)“ Horte, deren Errichtung und Führung ähnlichen Regeln unterliegen wie die von Kindergärten. Sie sind nach dem GTK ausdrücklich nicht Teil der Schule. Betreuung in Tageseinrichtungen bedeutet daher nicht einfach eine zusätzliche Betreuung von Kindern in der Schule, wie sie z.B. durch die sogenannte Randstundenbetreuung oder in der Offenen Ganztagsgrundschule erfolgt; allerdings kann die Offene Ganztagsgrundschule mit vorhandenen Horten kooperieren. Die Betreuung in Horten schließt üblicherweise, aber nicht notwendig als Ganztagsbetreuung an die Schule an.

In allen 40 Kommunen Ostwestfalens, zu denen statistische Zahlen vorliegen, gibt es Betreuungsangebote in Tageseinrichtungen für Sechs- bis Vierzehnjährige. Insgesamt 6,8 Prozent dieser Altersgruppe werden betreut; nicht erfasst ist dabei, über welchen Zeitraum die Betreuung reicht und wie sie sich auf Kinder im Grundschulalter und ältere Kinder verteilt.

Die Betreuungsquote im Vergleich der Kreise ist mit 9,1 Prozent am höchsten im Kreis Herford und am niedrigsten in Bielefeld. Unter den kreisangehörigen Kommunen haben Porta Westfalica und Bünde mit über elf Prozent die höchsten Werte. Die Besuchsquote der Kinder im Alter von sechs bis unter 14 Jahren in Tageseinrichtungen im Jahr 2006 beträgt in Nordrhein-Westfalen 8,8 Prozent und in Deutschland 11,8 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung).



2. Ganztagsbetreuung an der Grundschule (Frage 5)

Die Befragung bezog sich nicht auf die Altersgruppe der Sechs- bis Vierzehnjährigen, sondern differenzierte nach Schultypen. Für die Grundschulen melden 39 der 43 an der Befragung teilnehmenden Kommunen Angebote zur Ganztagsbetreuung; 16,8 Prozent der Grundschüler partizipieren daran.

Im Vergleich mit den Kreisen hat Bielefeld mit 33,4 Prozent die höchste Quote. Eine noch höhere Quote hat Enger mit 34,5 Prozent.

In 13 Kommunen gibt es eine Betreuung von Grundschülern über 16 Uhr hinaus. 32 Kommunen melden für 2007 eine höhere Ganztagsbetreuungsquote; die durchschnittliche Betreuungsquote steigt dadurch auf über 20 Prozent. Das Programm „Offene Ganztagsgrundschule“ zeigt offensichtlich Wirkungen.

Zwischen dem Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen und dem Typus der Kommune gibt es einen signifikanten Zusammenhang. Die meisten Grundschüler werden in Bielefeld am Nachmittag betreut; die Quote beträgt 41 Prozent. In den urbanen Zentren sind es 24 Prozent. Mit zwölf Prozent ist die Quote der ganztägig betreuten Grundschüler in der Gruppe der aufstrebenden peripheren Kommunen die niedrigste.

3. Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen (Frage 7)

a. Hauptschulen

In Ostwestfalen gibt es Hauptschulen in 37 Kommunen; 23 von diesen haben Angaben zur Ganztagsbetreuungsquote für Hauptschüler im Jahr 2006 gemacht. In 16 Kommunen gibt es an diesen Schulen auch eine Ganztagsbetreuung, an der etwa ein Drittel der Hauptschülerinnen und -schüler teilnimmt.

Die Stadt Bielefeld betreut jeden dritten Hauptschüler ganztags, die Stadt Paderborn mehr als die Hälfte. In Bad Oeynhausen (77 Prozent), Steinhagen (69 Prozent) und Warburg (62 Prozent) sind die Ganztagsbetreuungsquoten für Hauptschüler mit Abstand die höchsten. In vier Kommunen gibt es eine Betreuung über 16 Uhr hinaus.

Für das Jahr 2007 melden 12 der Kommunen, die bereits für 2006 Betreuungszahlen genannt haben, höhere (zum Teil deutlich höhere) Betreuungsquoten; drei Kommunen kommen neu hinzu. Die gemeldeten Quoten sind erfreulich hoch vor dem Hintergrund, dass das Förderprogramm für die Einführung des Ganztagsbetriebs an Hauptschulen erst im Jahr 2006 begonnen hat. Dies deutet auf einen hohen Bedarf hin. Dass bereits im Jahr 2007 in 19 Kommunen Ganztagsbetreuung an Hauptschulen eingeführt ist, zeigt auch, dass die Städte und Gemeinden sich offenbar engagieren und bemüht sind, diesen Schultyp aufzuwerten.

b. Realschulen

Wesentlich schwächer ausgebaut ist die Ganztagsbetreuung an Realschulen, die es in 34 Kommunen Ostwestfalens gibt. 26 Kommunen haben zur Ganztagsbetreuungsquote Werte zur Verfügung gestellt. Nur in vier von ihnen wird Ganztagsbetreuung angeboten. Die höchsten Betreuungsquoten haben die Städte Gütersloh mit 45 Prozent und Bad Oeynhausen mit 43 Prozent. Bielefeld bietet für 17 Prozent seiner Realschüler eine Ganztagsbetreuung und Langenberg (Kreis Gütersloh) für zwei Prozent, während für die Kreise Herford, Paderborn und Höxter keine Ganztagsbetreuung für Realschüler gemeldet wird. Für das Jahr 2007 sind die Zahlen praktisch unverändert. Zwei Kommunen geben eine Betreuung über 16.00 Uhr hinaus an, obwohl sie keine Ganztagsbetreuung gemeldet haben.

c. Gesamtschulen und Gymnasien

Die Gesamtschule ist die einzige Schulform, bei der der Ganztagsbetrieb von Beginn an Teil des Schulkonzepts war. Hohe Ganztagsbetreuungsquoten waren daher zu erwarten.

Gesamtschulen sind in 13 Kommunen vertreten. Sieben von ihnen melden eine Ganztagsbetreuung für alle ihre Schülerinnen und Schüler; Bad Oeynhausen meldet eine Betreuungsquote von 75 Prozent und Rödinghausen vier Prozent. Vier der Kommunen, in denen es eine Gesamtschule gibt, haben die Frage nicht beantwortet. Über 16 Uhr hinaus gibt es kein Angebot.

Am schwächsten ist das Angebot an den Gymnasien. Nur in drei Kommunen gibt es Ganztagsbetreuung; in Bielefeld kommen 13 Prozent, in Harsewinkel und Rietberg ein bis zwei Prozent der Gymnasiasten in ihren Genuss, und es gibt kein Angebot für eine Betreuung über 16 Uhr hinaus.

d. Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen nach Typen von Kommunen

Zwischen dem Angebot von Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen und dem Typus der Kommune lässt sich ein signifikanter Zusammenhang nicht feststellen.

VII. Weitere Betreuungsformen



1. Tagespflege (Fragen 8 und 9)

„Tagespflege“ – oder Tagesmütter im allgemeinen Sprachgebrauch – ergänzen die Kinderbetreuung in Einrichtungen, besonders für Kinder vor dem Kindergartenalter. Nach Angaben des LDS wurden im Jahr 2006 in Nordrhein-Westfalen 10.996 Kinder durch Tagesmütter/-väter betreut. 53 Prozent der betreuten Kinder waren jünger als drei Jahre. Im Durchschnitt wurden 1,75 Kinder von einer Tagesmutter betreut.

Bei der Befragung meldeten 31 ostwestfälische Kommunen für das Jahr 2006 insgesamt 620 Tagesmütter. Nimmt man an, dass auch sie wie im Landesdurchschnitt jeweils 1,75 Kinder betreuen, ergab dies 1.085 ostwestfälische Kinder in Tagespflege. 2007 stieg die Zahl der gemeldeten Tagesmütter um 317 auf 937, bedingt u. a. durch die Beteiligung von zwei weiteren Kommunen mit zusammen 246 Tagesmüttern.

Um einen Eindruck von der „Tagesmütterdichte“ im Verhältnis zur Bevölkerung zu bekommen, kann man die gemeldeten Tagesmütter auf die Einwohner unter 18 Jahren in den antwortenden Kommunen beziehen. Es ergibt sich dann für Ostwestfalen im Jahr 2006 ein Durchschnitt von 355 Kindern und Jugendlichen pro Tagesmutter;

im Jahr 2007 verbessert sich der Wert. Die Kreise mit der höchsten Dichte an Tagesmüttern sind Gütersloh und Höxter mit 236 bzw. 321 Einwohnern unter 18 Jahren je Tagesmutter. In den Kommunen Petershagen, Werther und Herzebrock-Clarholz kommt eine Tagesmutter sogar auf weniger als 150 junge Menschen.

Ein Zusammenhang zwischen dem Angebot an Tagesmüttern und anderen Betreuungsformen, etwa in der Art, dass bei einem niedrigen Angebot von Betreuung in Einrichtungen die „Tagesmütterdichte“ hoch ist, ist nicht feststellbar. Tagespflege ist möglicherweise eine punktuelle Ergänzung, aber kein Ersatz für Kindertagesstätten. Zu beachten ist auch, dass in der vorliegenden Studie nur „offiziell gemeldete“ Tagesmütter berücksichtigt werden konnten.

Weiterbildung für Tagesmütter

39 Kommunen haben die Frage, ob ein Qualifizierungsangebot für Tagesmütter angeboten wird, beantwortet. 28 von ihnen, das sind 72 Prozent, bieten eine Qualifizierung an. Das Angebot ist im Norden, d.h. in Bielefeld sowie den Kreisen Herford und Gütersloh, praktisch flächendeckend.

2. Zusammenarbeit mit Unternehmen (Frage 10)

Die Zusammenarbeit der traditionellen Kinderbetreuungseinrichtungen mit Unternehmen wird von manchem als der Königsweg zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen. Die Idee: Unternehmen erkennen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit optimal betreuten Kindern den Kopf frei haben für die Arbeit. Sie artikulieren den genauen Bedarf gegenüber der Betreuungseinrichtung, die passgenaue flexible Angebote macht. Die Unternehmen sind bereit, dafür zu zahlen. Der Betriebskindergarten gilt nicht als ideale Lösung; Betreuungsleistung wird eingekauft.

Die Realität ist ernüchternd. Alle teilnehmenden Kommunen beantworten diese Frage. Nur in 11 der 43 Kommunen ist Kooperation mit Unternehmen bei der Kinderbetreuung ein Thema. In drei Städten, nämlich Bad Oeynhausen, Bielefeld und Gütersloh, gibt es diese Zusammenarbeit. Die Bielefelder Einrichtung ist ein mit EU-Mitteln gefördertes Modellprojekt. Acht weitere Kommunen arbeiten an Konzepten der Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Kinderbetreuung.



VIII. Service für Familien

Familienfreundlichkeit ist nicht nur Kinderbetreuung. Viele Kommunen verstehen sich heute als Dienstleister für ihre Bürgerinnen und Bürger und bemühen sich auch um speziellen Service und um Angebote, die auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sind. Dazu gehören beispielsweise Beratungsangebote für Eltern oder auch Migranten. Aber auch die Vermittlung von Tagesmüttern oder generationenübergreifende Angebote werden gern aufgenommen. Gefragt wurde nach Familienzentren, familienfreundlichen Projekten und Baulandprogrammen (Fragen 11,12, 20 und 21).

1. Familienzentren (Fragen 11 und 12)

„Familienzentrum“ ist kein genau definierter Begriff. Viele Städte betreiben schon lange Service- und Beratungsstellen für Familien, die Hilfe, Rat und Unterstützung für Familien selbst erbringen oder vermitteln. Nach diesen „Familienzentren“ im weiten Sinne wurde zuerst gefragt.

Zu Beginn des Jahres 2006 startete das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. Familienzentren sollen – so das Ministerium – „Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk werden, das Kinder individuell fördert und Familien umfassend berät und unterstützt. Ziel ist die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien.“

Familienzentren, deren Serviceleistungen einen vom Ministerium festgelegten Standard erreichen, können sich zertifizieren lassen. Das Zertifikat ist Voraussetzung für eine besondere Förderung durch das Land. Nach der Zahl dieser geförderten Familienzentren wurde ebenfalls gefragt.

Für das Jahr 2006 benennen 32 Kommunen insgesamt 44 Familienzentren; damit kommt ein Zentrum auf durchschnittlich 26.440 Einwohner. Die Hälfte der ostwestfälischen Familienzentren befand sich zu diesem Zeitpunkt im Kreis Gütersloh; in der Stadt Gütersloh kam ein Zentrum auf 8.000 Einwohner. 15, also etwa ein Drittel der ostwestfälischen Zentren, werden 2006 als vom Land gefördert gemeldet.

Im Jahr 2007 steigt die Zahl der gemeldeten Familienzentren auf 93. Mit 38 Zentren ist Gütersloh weiter der Kreis mit der höchsten Dichte dieser Beratungseinrichtungen. 85 Familienzentren, also 90 Prozent, werden als vom Land gefördert gemeldet. 15 der geförderten Zentren befinden sich in Bielefeld.

In Nordrhein-Westfalen gibt es nach Angaben des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Start des Kindergartenjahres 2007/2008 rund 1.000 Familienzentren, von denen 261 Einrichtungen zertifiziert sind. Nach der Liste des Ministeriums für das Jahr 2007 gibt es die folgenden Familienzentren im Sinne des Landes Nordrhein-Westfalen in Ostwestfalen:



	Anzahl Zentren	davon zertifiziert
Kreis Minden-Lübbecke	19	5
Kreis Herford	9	4
Bielefeld	15	2
Kreis Gütersloh	27	5
Kreis Paderborn	20	4
Kreis Höxter	12	2
Gesamt Ostwestfalen	102	22

2. Familienfreundliche Projekte (Frage 21)

„Nennen Sie bitte weitere familienfreundliche Projekte, die in Ihrer Kommune existieren:

- a Jugendbotschaft
- b Rucksackprojekte
- c IT-Ausstattung in Schulen
- d Schülerlotsen
- e Übergangskoach
- f Sozialarbeiter
- g Mittagessenunterstützung
- h Familienfeste und Familientage
- i Ferienspiele
- j Projekte zur Jugendarbeit
- k Soziale Frühwarnsysteme
- l Sonstige Projekte“

Bei familienfreundlichen Projekten handelt es sich um Aktivitäten der Kommunen, die nicht zu „Pflichtaufgaben“ gehören, sondern die je nach Wunsch der jeweiligen Kommune umgesetzt werden kön-

nen. Die Antworten auf die Fragen nach beispielhaft ausgewählten familienfreundlichen Projekten zeigen ein buntes Bild kommunalen Engagements in unterschiedlichen familienfreundlichen Projekten. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass weder die Größe noch die Finanzkraft der Kommunen die Angebotspalette bestimmen. Auch Kommunen mit geringerer Finanzkraft zeigen in diesem Bereich ein großes Engagement, während diejenigen mit besserer finanzieller Ausstattung nicht unbedingt viele solcher Projekte initiieren.

Praktisch flächendeckend sind Ferienspiele und IT-Ausstattung an Schulen. Nur Harsewinkel schickt „Jugendbotschafter“ in die Welt, und Rucksackprojekte gibt es in Bielefeld, Harsewinkel, Hiddenhausen, Paderborn sowie Steinhagen.

Jugendbotschafter:

Jugendliche gehen nach Training als Botschafter in ausländische Partnerstädte

Rucksackprojekte:

Sprachförderung für Kinder und Mütter aus Migrantenfamilien. Gefördert wird die Kompetenz in Deutsch und der Muttersprache.

92 Prozent der Kommunen nennen Projekte zur Jugendarbeit; im Kreis Herford sind diese flächendeckend vertreten. In über 80 Prozent der Kommunen gibt es Sozialarbeiter (in den Kreisen Herford und Gütersloh in allen), Mittagessenunterstützung (im Kreis Gütersloh überall) sowie Familienfeste und Familientage (im Kreis Herford in 100 Prozent der an der Befragung teilnehmenden Kommunen).

Übergangskoaches arbeiten in 60 Prozent der Städte und Gemeinden, im Kreis Gütersloh in allen. Nur aus weniger als der Hälfte der Kommunen wurde der Einsatz von Schülerlotsen gemeldet.

Harsewinkel ist die einzige Kommune, die alle aufgeführten Projekte benennt. Bielefeld bietet zu allen abgefragten Aspekten Angebote, mit Ausnahme der Jugendbotschafter.

Zahlreiche Kommunen bieten über die im Fragebogen benannten Angebote hinaus weitere familienfreundliche Projekte an. So beteiligen sich viele Kommunen an der Initiative „Bündnis für Familie“. Häufig genannt werden „Stadtpass“ und „Familienpass“ bzw. „Familienbonuskarte“; diese bedeuten meist Preisvergünstigungen für Familien und Kinder, wie z. B. ermäßigte Eintrittspreise oder Beiträge. Ebenfalls gemeldet wurden Projekte zur Gewaltprävention und Suchtprävention, ein Selbstbehauptungskurs und ein Projekt gegen sexuellen Missbrauch.

Weitere Projekte/Angebote sind „Windelsäcke“, „Babysitting-Börse“, „Gesunde Schule im Mühlenkreis“, „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“, „Kinderwegweiser“ bzw. „Familienwegweiser“, und „Jung trifft Alt“.

3. Baulandprogramme (Frage 20)

Günstiges Bauland kann ein Grund bei der Entscheidung gerade junger Familien für den Wohnort sein. Durch Baulandprogramme nehmen Kommunen Einfluss auf die Preise von Bauland, wobei die Einflussnahme nicht zwingend Familien begünstigen muss.

24 Kommunen haben die Frage nach familienfreundlichen Baulandprogrammen beantwortet, davon 15 mit „Ja“. Auffällig ist, dass die Programme ausschließlich in den südlichen Kreisen durchgeführt werden, also in den Kreisen Gütersloh (neun Kommunen), Paderborn (drei Kommunen) und Höxter (drei Kommunen). Die Kommunen Altenbeken und Lichtenau führen im Jahr 2008 ein solches Programm ein, Warburg hat es 2007 begonnen.

Die Art der Förderung von Familien ist bei den Programmen sehr unterschiedlich. Oftmals besteht sie in einer Kaufpreisermäßigung pro Kind und pro Quadratmeter. Häufig auch werden Familien mit Kindern bei der Vergabe von gemeindeeigenen Baugrundstücken bevorzugt. In wenigen Kommunen besteht ein Punktesystem, das z. B. die Reihenfolge der Antragstellung, die Zahl der Angehörigen bzw. Kinder, Ortsansässigkeit, Geburtsort und Arbeitsplatz berücksichtigt.

Nur 11 Kommunen konnten Angaben dazu machen, wie viel Bauland im Rahmen eines solchen Programms vergeben wurde. 16 ha benennt Gütersloh, 13 ha Steinheim und 10,7 ha Nieheim; die übrigen acht Nennungen kommen zusammen auf 15 ha.

Gemeinden mit Baulandprogramm

Borchen, Borgentreich, Büren, Delbrück, Gütersloh, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Nieheim, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Steinhagen, Steinheim, Verl, Versmold, Werther

IX. Angebote für Kinder und Jugendliche



Was tun die Kommunen neben ihren Pflichtaufgaben wie Kindergarten und Schulen für die körperliche und geistige Entwicklung des Nachwuchses? Welche Angebote für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen gibt es? Erfragt werden konnten wieder nur rein quantitative Aspekte zu Jugendtreffs, Spiel- und Sportstätten, jugendlichen Mitgliedern in Sportvereinen und zu kulturellen Angeboten (Fragen 13, 14, 15, 16, 19). Nur bei Spielplätzen lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Typus der Kommune und der Ausstattung machen: Die rein ländlichen Kommunen sind besser ausgerüstet als die aufstrebenden oder städtischen. Bei allen anderen Angeboten ist ein Zusammenhang mit der Größe oder Finanzkraft der Kommune nicht erkennbar.

1. Jugendtreffs (Frage 13)

In jeder der 41 Städte und Gemeinden, die die Frage nach einem Jugendtreff mit sozialpädagogischer Betreuung beantworten, gibt es mindestens einen dieser Treffpunkte. Insgesamt stehen den Jugendlichen im Jahr 2006 154, im Folgejahr 157 dieser Einrichtungen offen.

Die höchste Betreuungsdichte haben Paderborn (auf Kreisebene) und Bielefeld. Mit 330 unter 18-Jährigen pro betreutem Jugendtreff hat Lichtenau (Kreis Paderborn) die mit Abstand beste Abdeckung unter den Kommunen, die zweithöchste Porta Westfalica.

Zahl der unter 18-Jährigen pro betreutem Jugendtreff

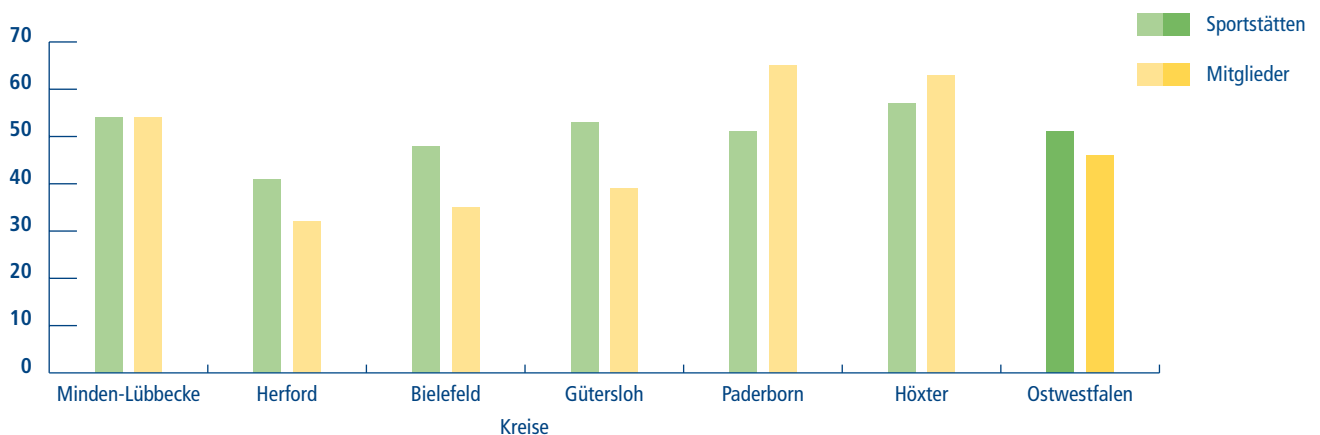
Ostwestfalen	1.670
Bielefeld	1.300
Kreis Paderborn	1.350
Lichtenau	330
Porta Westfalica	721

2. Spielplätze (Frage 14)

Alle 43 teilnehmenden Kommunen kennen ihre Spielplätze: Es sind 2.198 im Jahr 2006 und 2.056 im Jahr 2007. Das bedeutet, dass es im Durchschnitt in Ostwestfalen 7,7 Spielplätze je 1.000 Einwohner unter 18 Jahren gibt. Die höchste Quote der Kreise hat der Kreis Höxter, die höchsten Werte der Kommunen haben Lichtenau (Kreis Paderborn) und Borgentreich (Kreis Höxter).

Im Jahr 2008 hat der ABA (Fachverband offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen) eine Erhebung durchgeführt, in der die Spielplätze derjenigen Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens gesammelt wurden, die ein eigenes Jugendamt haben. Diese wurden zu der jeweiligen Zahl von nicht Erwachsenen (Einwohnern unter 18 Jahren) in Beziehung gesetzt. Dabei zeigte sich, dass der Spitzenreiter der Kommunen Ostwestfalens besser abschneidet im Vergleich zum Spitzenreiter der erhobenen Kommune mit Jugendamt.

Abbildung 8: Sportstätten und Mitglieder in Sportvereinen



Sportstätten: Anzahl je 10.000 Einwohner unter 18 Mitglieder: Anteil in Prozent der Einwohner unter 18, die Mitglieder in Sportvereinen sind.

Quelle: eigene Daten (Fragebogen)

BertelsmannStiftung

Spielplätze pro 1.000 Einwohner unter 18 Jahren

Ostwestfalen	7,7
Kreis Höxter	12,1

Beste Kommunen der Befragung

Lichtenau	19,5
Borgentreich	15,9

Kommunen mit Jugendamt

Lüdenscheid	16,7
Sprockhövel	0,7

glieder in Sportvereinen, das sind 51,2 Prozent. In ganz Nordrhein-Westfalen sind es 52,9 Prozent (Quelle: LandesSportBund NRW).

Sportstätten pro 1.000 Einwohner unter 18 Jahren

Ostwestfalen	4,6
Kreis Paderborn	6,5
Brakel	15,0

Mit einer Beteiligung von 57,3 Prozent zeigen die Kinder und Jugendlichen im Kreis Höxter die größte Sportbegeisterung. Stemwede hat mit 72,6 Prozent den höchsten Anteil von unter 18-Jährigen in Sportvereinen.

Ähnlich wie bei den Sporteinrichtungen scheint es auch bei der Beteiligung der Jugend an Sportvereinen ein Süd-Nord-Gefälle zu geben. In der Summe liegen erfreuliche 70 Prozent der Kommunen über dem Landesdurchschnitt.

3. Sportstätten und Sportvereine (Fragen 15 und 16)

42 von 43 teilnehmenden Kommunen konnten die Frage nach der Zahl der Sporteinrichtungen beantworten. Im Jahr 2006 bieten sie ihren Bürgern insgesamt 1.179 Sportplätze/Sporteinrichtungen an. Damit teilen sich 217 Einwohner unter 18 Jahren eine Sporteinrichtung.

Auf Kreisebene haben die Kreise Paderborn und Höxter die beste Versorgung mit Sportstätten. Die Kommune mit der besten Ausstattung ist Brakel; auch in Marienmünster, Büren und Halle sind es mehr als 10 Einrichtungen pro 1.000 Einwohner unter 18 Jahren.

Die Frage nach der Zahl der minderjährigen Mitglieder in Sportvereinen haben 41 Städte und Gemeinden beantwortet; in ihnen sind insgesamt 142.200 der 277.732 Jugendlichen unter 18 Jahren Mit-

4. Sonstige Angebote (Frage 19)

Die Meldungen zu kulturellen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zeigen ein auch in den ländlichen Gemeinden recht gut ausgebautes Angebot. Nahezu alle Kommunen haben eine Musikschule bzw. ein Musikschulangebot der Kreismusikschule in ihrer Kommune. Auch Bibliotheken/Büchereien bestehen in fast allen Kommunen. Viele Kommunen haben zudem Museen, Kinder- und Jugendtheater und Kunstschulen.

Häufig ist in den Kommunen auch eine Volkshochschule (VHS) bzw. ein Angebot der VHS vor Ort vorhanden. Vereinzelt weisen die Kommunen Begegnungsstätten, Tanzschulen, Spielmannszüge mit Jugendausbildung, Freilichtbühnen und Stadtarchive auf.

X. Gesundheit und Sicherheit



1. Gesundheit (Fragen 17 und 18)

Insgesamt kann man in Deutschland von einer guten gesundheitlichen Lage der Kinder und Jugendlichen sprechen. Es hat sich aber gezeigt, dass chronische Krankheiten wie Neurodermitis, Bronchitis und Heuschnupfen sowie psychische Auffälligkeiten und Übergewicht sowie Fettleibigkeit eine wachsende Bedeutung haben (Kinder- und Jugendgesundheitsurvey, KiGGS), durchgeführt vom Robert Koch-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesforschungsministeriums). Dabei wurde offensichtlich, dass Kinder aus den unteren Sozialschichten überdurchschnittlich häufig von Verkehrsunfällen, verschiedenen chronischen Krankheiten, Übergewicht und psychischen Auffälligkeiten betroffen sind.

Durch Präventionsprogramme und Gesundheitsförderung des Bundesministeriums für Gesundheit soll diesen Entwicklungen entgegen gewirkt werden. Von besonderer Bedeutung zur Umsetzung sind in diesem Zusammenhang die Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern. Somit kann die medizinische Versorgung der Kinder ein wichtiger Beitrag zur Familienfreundlichkeit eines Standortes sein.

Gefragt wurde nach der Zahl der Kinder- und Jugendärzte und nach Krankenhäusern mit Kinderstationen (Fragen 17, 18). Die erste Frage beantworteten nur 29 Kommunen; in diesen sind im Jahr 2006 87 Kinder- und Jugendärzte ansässig. Das ergibt in diesen Kommunen im Durchschnitt eine Quote von 2.685 Einwohnern unter 18 Jahren pro Facharzt.

Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe praktizieren in Ostwestfalen insgesamt 106 Kinder- und Jugendmediziner, davon 16 im Kreis Minden-Lübbecke, 17 im Kreis Herford, 27 in Bielefeld, 23 im Kreis Gütersloh, 17 im Kreis Paderborn und

sechs im Kreis Höxter. Daraus ergeben sich folgende Quoten (Einwohner unter 18 Jahren pro Kinder- und Jugendarzt):

Kreis/ kreisfreie Stadt	Anzahl Ärzte	Einwohner unter 18 J. pro Arzt
Minden-Lübbecke	16	3.996
Herford	17	1.241
Bielefeld	27	2.128
Gütersloh	23	3.112
Paderborn	17	2.984
Höxter	6	3.661
Ostwestfalen	106	2.705

23 Kommunen haben Angaben zur Anzahl der Krankenhäuser mit ausgewiesener Kinderstation gemacht. Hier bestehen 2006 sieben entsprechende Krankenhäuser. Bad Oeynhausen ist dabei die einzige Stadt mit zwei derartigen Krankenhäusern.

Die sieben Krankenhäuser verteilen sich wie folgt auf die Kreise:

Kreis/ kreisfreie Stadt	Anzahl Kinderstationen
Minden-Lübbecke	3
Herford	-
Bielefeld	1
Gütersloh	-
Paderborn	1
Höxter	2
Ostwestfalen	7

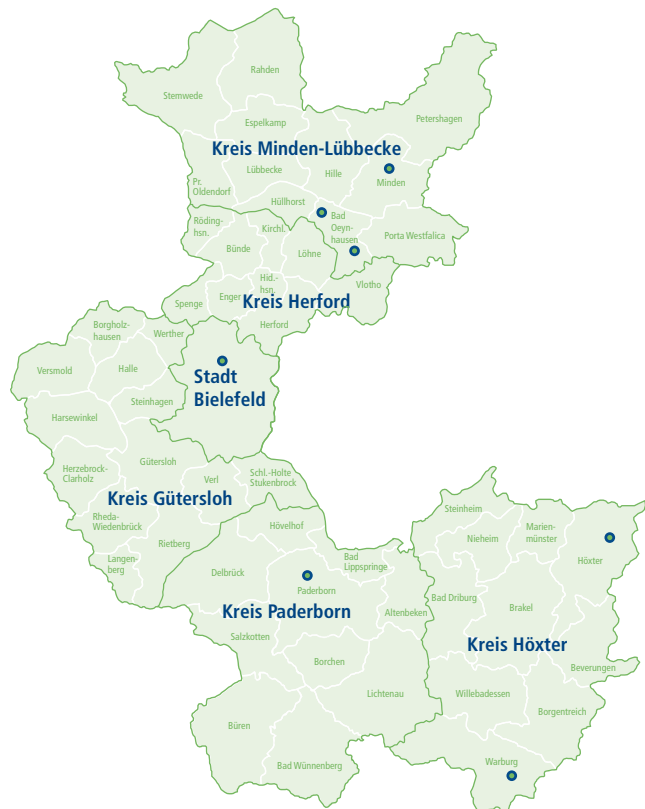
Stellt man die Angaben zu den Kinderärzten bzw. den Krankenhäusern mit ausgewiesener Kinderstation gegenüber, so ist zu erkennen, dass hier komplementäre Angebotsstrukturen vorzuliegen scheinen.

2. Sicherheit (Nr. 31 des Datenblattes)

Als ein Indikator für die Sicherheit von Kindern wurde die Zahl der im Straßenverkehr getöteten oder verletzten Personen unter 15 Jahren ausgewertet.

Im Jahr 2006 gab es auf 1.000 Kinder unter 15 Jahren in Ostwestfalen 1,6 Opfer im Straßenverkehr. Erfreulicherweise gibt es vier Kommunen, die keinen Unfall mit Kindern zu verzeichnen haben. Es sind dies Hille, Marienmünster, Nieheim und Rödinghausen. In den urbanen Zentren gab es deutlich erkennbar mehr Unfälle mit Kindern als in den ländlichen Städten und Gemeinden, was vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Verkehrsdichte zu erwarten war.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die vom Bundesministerium für Gesundheit vorgeschlagenen Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen vielfach in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindertageseinrichtungen durchgeführt werden sollen. So ist es ein Ziel, den Kindern die Grundregeln ausgewogener Ernährung und einen altersgerechten Umgang mit Stress zu vermitteln und zu körperlicher Bewegung zu motivieren. Zeitgleich sollen die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder gefördert werden (s. KiGGS). So steht also auch das Thema „Gesundheit und Sicherheit“ letztlich in einem engen Zusammenhang zu der Betreuungsform.



XI. Fazit

Ostwestfalen ist eine wirtschaftsstarke Region. Wie auch andernorts hat sich der Mangel an Fach- und Führungskräften als Wachstumsbremse herausgestellt. Vor diesem Hintergrund sind Unternehmen aufgefordert, Maßnahmen zu implementieren, die Fachkräfte an sich binden und die zu einer großen Attraktivität führen, sodass sie bei der Akquise neuer Mitarbeiter gegenüber Mitbewerbern punkten können. Als besonders erfolgreich hat sich in diesem Zusammenhang eine familienbewusste Personalpolitik herausgestellt.

Können Unternehmen dieses Ziel jedoch allein erreichen? In der vorliegenden Studie wird davon ausgegangen, dass Kommunen auch ein Interesse daran haben, Fachpersonal an die ansässigen Unternehmen zu binden. Dieses Verständnis der kommunalen Familienpolitik als Teil der Wirtschaftsförderung dient als Ausgangspunkt der Betrachtung.

Ziel sollte sein, die Bemühungen der Kommunen in diesem Bereich für die Region Ostwestfalen aufzuzeigen und damit auch Anregungen zu vermitteln, welche Themen künftig zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit angegangen werden können.

Es hat sich gezeigt, dass Ostwestfalen eine Region mit großem Potenzial ist. Dem Vergleich mit Bund und Land hält sie in jedem Fall stand. In vielen Kommunen hat man in Bezug auf die einzelnen Indikatoren bereits deutlich mehr erreicht.

Ein zentrales Thema stellt die Betreuung von Kindern dar. Es hat sich gezeigt, dass es noch immer einen großen Bedarf bei den unter Dreijährigen gibt. Auch wurde deutlich, dass nur rund ein Viertel aller Kindergärten über Mittag Plätze anbietet. Die Änderungen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) konnten dabei jedoch noch nicht berücksichtigt werden. Als deutlich ausbaufähig zeigte sich auch der Bereich der Ganztagskonzepte an den weiterführenden Schu-

len, hier besonders den Realschulen und Gymnasien. Gleichzeitig ist dabei aufgefallen, dass sich im Bereich der Betreuung eine positive Entwicklung deutlich ausmachen lässt. Mit viel Energie wird an der Verbesserung der Situation gearbeitet.

Eine wichtige Erkenntnis in diesem Zusammenhang war, dass nicht unbedingt die Finanzkraft einer Kommune dafür ausschlaggebend ist, ob eine gute Betreuungsstruktur vorhanden ist oder nicht.

Gerade im Bereich der familienfreundlichen Projekte, die eine Kommune durchführt und unterstützt, zeigte sich ein hoher Grad an Kreativität und Innovationsfreude. Daran wurde deutlich, wie wichtig den Kommunen die Entwicklung der Familienfreundlichkeit ist.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass Ostwestfalen auf einem guten Weg ist. Wichtig erscheint es, die zentralen Handlungsfelder zu identifizieren und aktiv anzugehen. Dabei können Vorbilder anderer Kommunen helfen, Anregungen zu finden und erfolgreiche Herangehensweisen zu implementieren. Gerade auch die Zusammenarbeit mit den Unternehmen kann hier Synergieeffekte erzeugen.

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor in der Agenda hilft, die Stärke der Wirtschaftsregion Ostwestfalen zu halten und auszubauen!

XII. Anhang

1. Fragebogen

Bitte beziehen Sie sich bei der Angabe von Daten immer auf das Jahr 2006. Sofern Daten für das Jahr 2007 vorhanden sind, tragen Sie diese bitte zusätzlich ein.

(1) Wieviel Prozent der weiblichen Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Frauenerwerbsquote	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(2) Wie hoch ist die Ganztagsbetreuungsquote (in Krippen betreute Kinder) für Kinder im Alter von 0 bis unter 2 Jahren in Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Kinder im Alter von 0 bis unter 2 Jahren in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

(3) Wie hoch ist die Ganztagsbetreuungsquote (in Krippen betreute Kinder) für Kinder im Alter von 2 bis unter 3 Jahren in Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Kinder im Alter von 2 bis unter 3 Jahren in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

(4) Wie hoch ist die Ganztagsbetreuungsquote (genutzte Ganztagskindergartenplätze) für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

(5) Wie hoch ist die Anzahl der genutzten Ganztagsplätze für Grundschüler/-innen Ihrer Kommune im Verhältnis zur Gesamtanzahl an Grundschulern?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Grundschüler/-innen in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

(6) Welche Schulformen gibt es in Ihrer Kommune?

Hauptschule

nein ja

Realschule

nein ja

Gesamtschule

nein ja

Gymnasium

nein ja

Sonstige Schule(n)

nein ja

(7) Wie hoch ist die Anzahl der genutzten Ganztagsbetreuungsplätze in Ihrer Kommune für Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen im Verhältnis zur Zahl der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulform?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Hauptschüler/-innen in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über Mittag bis mindestens 16:00 Uhr) für Realschüler/-innen in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

--	--

im Jahr 2006 im Jahr 2007

Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über
Mittag bis mindestens 16:00 Uhr)
für Gesamtschüler/-innen in Prozent

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

im Jahr 2006 im Jahr 2007

Ganztagsbetreuungsquote (Betreuung über
Mittag bis mindestens 16:00 Uhr)
für Gymnasiasten/-innen in Prozent

--	--

Gibt es in Ihrer Kommune in diesem Bereich Ganztagsbetreuungsangebote über 16:00 Uhr hinaus?

nein ja

(8) Wie viele Tagesmütter sind in Ihrer Kommune registriert?

im Jahr 2006 im Jahr 2007

Tagesmütter
(Bitte Anzahl eintragen)

--	--

(9) Wird in Ihrer Kommune ein Qualifizierungsangebot für Tagesmütter angeboten?

nein ja

(10) Existieren in Ihrer Kommune Kinderbetreuungsangebote in Zusammenarbeit mit Unternehmen?

nein ja

Falls nicht, werden in Ihrer Kommune derzeit Konzepte für in Kooperation mit Unternehmen organisierte Kinderbetreuungsangebote erarbeitet?

nein ja

(11) Wie viele Beratungs- und Servicestellen für Familien (Familienzentren) gibt es insgesamt in Ihrer Kommune?

im Jahr 2006 im Jahr 2007

Familienzentren
(Bitte Anzahl eintragen)

--	--

(12) Wie viele dieser Beratungs- und Servicestellen für Familien (Familienzentren) in Ihrer Kommune werden vom Land NRW gefördert?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Vom Land NRW geförderte Familienzentren (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(13) Wie viele Jugendtreffs mit sozialpädagogischer Betreuung gibt es in Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Jugendtreffs mit Betreuung durch ausgebildete Sozialpädagogen/-innen (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(14) Wie viele öffentliche Spielplätze sind in Ihrer Kommune zu finden?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Öffentliche Spielplätze (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(15) Wie viele öffentliche Sportplätze/Sporteinrichtungen (z. B. Fußballplätze, Skaterbahnen, Schwimmbäder) gibt es in Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Sportplätze/Sporteinrichtungen (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(16) Wie hoch ist die Anzahl an Personen unter 18 Jahren in Ihrer Kommune, die Mitglieder in Sportvereinen sind?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Minderjährige Mitglieder in Sportvereinen (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(17) Wie viele Kinder- und Jugendärzte sind in Ihrer Kommune angesiedelt?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Kinder- und Jugendärzte (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(18) Gibt es in Ihrer Kommune Krankenhäuser mit ausgewiesenen Kinderstationen?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Krankenhäuser mit ausgewiesenen Kinderstationen (Bitte Anzahl eintragen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(19) Welche kulturellen Einrichtungen (z. B. Musik- und Kunstschulen, öffentliche Bibliotheken) gibt es in Ihrer Kommune für Kinder und Jugendliche?

(Sollte Ihnen der Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte weitere Blätter an.)

(20) Haben Sie in Ihrer Kommune ein Baulandprogramm, durch das Familien mit Kindern vergünstigte Bauplätze erhalten können?

nein ja

Wenn ja, können Sie uns eine kurze Beschreibung des Baulandprogramms geben?

(Sollte Ihnen der Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte weitere Blätter an.)

Wenn ja, wie viele Hektar Bauland wurden ungefähr im Rahmen dieses Programms in den letzten 10 Jahren an Familien mit Kindern vergeben?

_____ ha

(21) Nennen Sie bitte weitere familienfreundliche Projekte, die in Ihrer Kommune existieren:

Jugendbotschaft

nein ja

Rucksackprojekte

nein ja

IT-Ausstattung in Schulen

nein ja

Schülerlotsen

nein ja

Übergangskoach

nein ja

Sozialarbeiter

 nein ja

Mittagessenunterstützung

 nein ja

Familienfeste und Familientage

 nein ja

Ferienspiele

 nein ja

Projekte zur Jugendarbeit

 nein ja

Soziale Frühwarnsysteme

 nein ja

Sonstige weitere familienfreundliche Projekte:

(Sollte Ihnen der Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte weitere Blätter an.)

(22) Wie hoch ist der Anteil der Ausgaben für Familien im Verhältnis zum gesamten Haushalt Ihrer Kommune?

	im Jahr 2006	im Jahr 2007
Anteil der Ausgaben für Familien am Haushalt in Prozent	<input type="text"/>	<input type="text"/>

(23) Welche Merkmale einer Kommune sind nach Ihrer Einschätzung wichtig, damit junge Menschen sich entscheiden, den Wohnort zu wechseln und neue(r) Bürger/-in dieser Kommune zu werden?

Bitte vergeben Sie für die einzelnen Themenfelder jeweils zwischen einen und sieben Punkte, wobei Sie sich an folgender Skala orientieren können:

überhaupt nicht wichtig						sehr wichtig
1	2	3	4	5	6	7

Bitte schätzen Sie dabei sowohl die derzeitige Bedeutung als auch die generelle Bedeutung der einzelnen Themenfelder in 5 Jahren ein!

Thema	derzeitige generelle Bedeutung	generelle Bedeutung in 5 Jahren
Wohnungsqualität		
Bildungsmöglichkeiten		
Freizeiteinrichtungen		
Kulturelle Angebote		
Familienfreundlichkeit		
Versorgung durch den Einzelhandel		
Arbeitsplatzangebot		
Demographische Struktur		
Verkehrsanbindung		
Image der Kommune		
Umweltqualität		

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Fragebogen für Kommune

Ort

2. Datenblatt

Nr.	Indikator	Aussage	Berechnung	Jahr	Quelle
1	Einwohner am 31.12.	Aktuelle Einwohnerzahl am 31.12.2006 aller Altersklassen bzw. aktuelle Zahl der Einwohner unter 18 Jahren am 31.12.2006		2006	IT.NRW
2	Gewerbesteuer-einnahmen (Euro je Einwohner)	Die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde pro Einwohner beeinflussen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.	Gewerbesteuereinnahmen/ Gesamtbevölkerung	2006	IT.NRW
3	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner beschreibt die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner/ Gesamtbevölkerung	2006	IT.NRW
4	Schulden der originären Verwaltung am 31.12. (Euro je Einwohner)	Die Schulden der originären Verwaltung begrenzen den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.	Schulden der originären Verwaltung am 31.12. 2006/Gesamtbevölkerung am 31.12.2006	2006	IT.NRW
5	Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen (Euro je Einwohner)	X Euro werden je Einwohner für Leistungen der Jugendhilfe innerhalb von Jugendeinrichtungen ausgegeben.	Gesamtausgaben für Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen/Anzahl Einwohner unter 18 Jahren	2006	IT.NRW
6	Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen (Euro je Einwohner)	X Euro werden je Einwohner für Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Jugendeinrichtungen ausgegeben.	Gesamtausgaben für Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen/Anzahl Einwohner unter 18 Jahren	2006	IT.NRW
7	Zinslastquote (Euro je Einwohner)	Die Zinslastquote beschreibt die Kosten durch kurzfristige Verbindlichkeiten und damit den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.	Zinslastquote je Einwohner am 31.12. 2006/Gesamtbevölkerung am 31.12.2006	2006	IT.NRW

Nr.	Indikator	Aussage	Berechnung	Jahr	Quelle
8	Betreuungsquote in Tageseinrichtungen im Alter von 0 bis unter 3 Jahren (%)	Zinslastquote je Einwohner am 31.12. 2006/Gesamtbevölkerung am 31.12.2006	Anzahl betreute Kinder von 0 bis 2 Jahren in Tageseinrichtungen (Stichtag: 15.3.2006)/Bevölkerung 0 bis 2 Jahre (31.12.2005) * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
9	Betreuungsquote in Tageseinrichtungen im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (%)	Indikator für die Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Anzahl betreute Kinder von 3 bis 5 Jahren in Tageseinrichtungen (Stichtag: 15.03.2006)/Bevölkerung 3 bis 5 Jahre (31.12.2005) * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
10	Betreuungsquote in Tageseinrichtungen im Alter von 6 bis unter 14 Jahren (%)	Indikator für die Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Anzahl betreute Kinder von 6 bis 13 Jahren in Tageseinrichtungen (Stichtag: 15.3.2006)/Bevölkerung 6 bis 13 Jahre (31.12.2005) * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
11	Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort der Arbeitsstätte zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Ort des Wohnsitzes (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort/sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort)	In der Kommunen arbeiten mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als dort wohnen (Wert > 1) oder umgekehrt (Wert < 1).		2006	Bertelsmann Stiftung
12	Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre (%)	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert.	(Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort – sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort vor 5 Jahren)/sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort vor 5 Jahren * 100 (Stichtag: 30.6.)	2006	Bertelsmann Stiftung
13	Erwerbstätigenquote	X % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort/Bevölkerung 18–64 Jahre * 100 (Stichtag für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 30.6.)	2006	Bertelsmann Stiftung

Nr.	Indikator	Aussage	Berechnung	Jahr	Quelle
14	Frauenerwerbstätigenquote (%)	X % der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet.	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen am Wohnort/ Frauen 18–64 Jahre * 100 (Stichtag für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 30.6.)	2006	Bertelsmann Stiftung
15	Verhältnis Erwerbsquote von Frauen und Männern (%)	Die Frauenerwerbstätigenquote beträgt x % der Männererwerbstätigenquote.	(Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen am Wohnort/ Frauen 18–64 Jahre)/(Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Männer am Wohnort/Männer 18–64 Jahre) * 100 (Stichtag für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 30.6.)	2006	Bertelsmann Stiftung
16	Anteil der sozialpflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss am Arbeitsort (%)	X % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss am Arbeitsort/sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6).	2006	Bertelsmann Stiftung
17	Anteil der sozialpflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss am Wohnort (%)	X % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner der Kommune haben einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss am Wohnort/sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
18	Anteil Schulabgänger ohne Abschluss (%)	X % der Schulabgänger, die eine Schule in der Kommune besucht haben, verfügen über keinen Hauptschulabschluss.	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss/Schulentlassene Gesamt * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
19	Anteil Schulabgänger mit Hochschulreife (%)	X % der Schulabgänger, die eine Schule in der Kommune besucht haben, verfügen über die allgemeine Hochschulreife.	Schulentlassene mit Hochschulreife/Schulentlassene gesamt * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
20	Anteil Haushalte mit Kindern	In x % aller Haushalte leben Kinder.	Mehrpersonenhaushalte mit Kindern/Anzahl Haushalte * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
21	Kinderarmut	X % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II.	Sozialgeldempfänger 0 bis 14 Jahre/Bevölkerung 0 bis 14 Jahre * 100 (Stichtag für SGB II-Bezieher: Dezember)	2006	Bertelsmann Stiftung

Nr.	Indikator	Aussage	Berechnung	Jahr	Quelle
22	Arbeitslosenquote gesamt (%)	Kontrollvariable		2006	Bertelsmann Stiftung
23	Jugendarbeitslosigkeit (%)	Kontrollvariable	Arbeitslose unter 25 Jahren/(sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort unter 25 Jahren und Arbeitslose unter 25 Jahren) * 100	2006	Bertelsmann Stiftung
24	Quote der Empfänger von Leistungen nach SGB II unter 65 Jahren (%)	Kontrollvariable		2006	Bertelsmann Stiftung
25	Bevölkerungsentwicklungssaldo der Einwohner 2006	Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2006	Veränderung der Einwohnerzahl durch Fort- und Zuzug in %, (Stichtag: 31.12.2006)	2006	IT.NRW
26	Fertilitätsindex (%)	Verhältnis von Neugeburten pro Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren zum Bundesdurchschnitt	Prozentuale Abweichung der Geburten pro Frau von 15 bis 49 Jahren in der Gemeinde (gemittelter Wert über die letzten 4 Jahre vom Bundesdurchschnitt)	2006	IT.NRW
27	Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (%)	X % der Bevölkerung sind 18 Jahre oder jünger.	Verhältnis von Einwohnern im Alter von 0 bis 18 Jahren zur Gesamtbevölkerung der Kommune (Stichtag: 31.12.2006)	2006	IT.NRW
28	Bevölkerungsentwicklungssaldo der unter 18-Jährigen	Veränderung der unter 18-jährigen Einwohner durch Fort- und Zuzug im Jahr 2006	Veränderung der unter 18-jährigen Einwohner durch Fort- und Zuzug in % (Stichtag: 31.12.2006)	2006	IT.NRW
29	Anteil der Wohnungen mit mehr als 3 Zimmern (%)	X % der Wohnungen besitzen mehr als 3 Zimmer.	Anzahl an Wohnungen mit mehr als 3 Zimmern/Gesamtanzahl an Wohnungen (Stichtag: 31.12.2006)	2006	IT.NRW
30	Familienwanderung	Wanderungssaldo der Einwohner unter 18 Jahren und zwischen 30 und bis unter 50 Jahren	Veränderungen der Einwohneranzahl im Jahr 2006 der Einwohner unter 18 Jahren und zwischen 30 und unter 50 Jahren (Stichtag 31.12.2006)	2006	IT.NRW
31	Anzahl der im Straßenverkehr verletzten oder getöteten Personen unter 15 Jahren	X Promille der Personen unter 15 Jahren wurden im Straßenverkehr verletzt oder getötet	X Promille der Personen unter 15 Jahren wurden im Straßenverkehr verletzt oder getötet	2006	IT.NRW

Impressum

© 2010

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Industrie- und Handelskammer
Ostwestfalen zu Bielefeld
Elsa-Brändström-Straße 1-3
33602 Bielefeld

Verantwortlich

Birgit Wintermann
Martin Spilker
Melanie Wicht, IHK Ostwestfalen zu Bielefeld

Konzeption, Durchführung und Auswertung der Daten

Bielefeld 2000plus, Universität Bielefeld

Clusteranalyse der gebildeten Gruppen von Gemeinden

aserto Kommunikationsanalyse und Beratung GmbH & Co KG

Texte

Dr. Adolf Großmann, Verl

Lektorat

Dr. Arno Kappler, Soest

Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Produktion

Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

Fotonachweis

Titelbild: Susanne Freitag, Bielefeld
Bielefeld Marketing GmbH
BananaStock
F1online
image100
Image Source
Thomas Kunsch, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Programm Unternehmenskultur in der Globalisierung
Birgit Wintermann
Telefon 05241 81-81289
birgit.wintermann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Industrie- und Handelskammer
Ostwestfalen zu Bielefeld
Elsa-Brändström-Straße 1–3
33602 Bielefeld

Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Melanie Wicht
Telefon 0521 554-205
m.wicht@bielefeld.ihk.de

www.bielefeld.ihk.de



Industrie- und Handelskammer
Ostwestfalen zu Bielefeld

| BertelsmannStiftung